

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Claudia Köhler

Abg. Hans Herold

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Harald Güller

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Florian Ritter

Abg. Alexander König

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b** zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)

(Drs. 18/346)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir in Bayern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ein stabiler Anker sind, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Dennoch hat all das, was um uns herum passiert, unmittelbare Auswirkungen darauf, wie es uns in Bayern geht, was wir in Bayern gestalten können und wie sich der Freistaat Bayern in den nächsten Jahren entwickeln kann.

Die Europawahl steht vor der Tür. Populisten begehren noch stärker Einlass in das Europaparlament. Immer mehr Randparteien verlangen den Austritt aus der Europäischen Union. Was in Großbritannien passiert, beobachten wir jeden Tag nicht nur mit Interesse, sondern vielmehr mit Sorge. All das wird natürlich nicht dazu führen, dass die Entscheidungen und Ergebnisse uns unberührt lassen werden.

Deswegen müssen wir überlegen, wie wir in Bayern auf diese Entwicklungen reagieren, aber auch, wie wir geschickt agieren. Damit wir in den Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht getrieben werden, müssen wir uns überlegen, was unser Beitrag ist, wie wir mit Haushaltsplanung und Innovation in Bayern dazu beitragen können, dass die wirtschaftliche Entwicklung stabil bleiben kann. Ich bin froh, dass wir, obwohl die Wirtschaft offensichtlich nicht mehr so schnell wächst, dennoch Wachstum haben werden. Allen Prognosen zufolge steht eben keine große Rezession bevor, auch wenn sich das manche in ihren Reden offensichtlich herbeisehnen. Das Wachstum wird nur nicht mehr ganz so hoch sein wie in den letzten Jahren. Wir müssen damit zurechtkommen und darauf achten, dass wir ein Stabilitätsanker bleiben.

Wir bauen mit unserem Haushalt auf den bewährten Fundamenten. Wir sind ein Land mit stabilen Finanzen und haben finanzpolitische Solidität stets auch mit Investitionen verbunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf kommt es an: auf einen soliden Haushalt, starke Investitionen und die Unterstützung der Wirtschaft in ihrer Entwicklung. Das führt dazu, dass wir in der Lage sind, sozialpolitische Schwerpunkte zu setzen, die wir alle uns wünschen. Ein wirtschaftlich starkes Land ist auch in der Lage, denen zu helfen, die sich selbst nicht so helfen können, wie sie es sich wünschen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Jeder Euro muss erst einmal verdient werden. Ich bin froh, dass durch fleißige Menschen und eine mutige Wirtschaft diese hohen Steuereinnahmen entstanden sind, die hoffentlich weiter so hoch bleiben. Wir müssen mit kluger Politik dafür sorgen, dass die Wirtschaft weiter in Fahrt bleibt und wir den Menschen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Thema der Schuldenbremse, die ab 2020 in allen Bundesländern gilt, ist für uns nichts Neues und auch kein Problem. Die Schuldenbremse

schockt uns zum 14. oder 15. Mal in Folge nicht mehr; denn wir haben aufgrund unserer Solidität seit 15 Jahren keine neuen Schulden mehr für den normalen, allgemeinen Haushalt machen müssen.

Aber wir tun noch mehr. Wir haben auch Schulden abgebaut. Bis Ende 2018 haben wir mittlerweile 5,6 Milliarden Euro alte Schulden getilgt. Auch im neuen Doppelhaushalt sehen wir eine Tilgungsleistung vor. Wir wollen an unsere Schuldentilgungspolitik anknüpfen und eine weitere Milliarde tilgen. So vermeiden wir Zinslasten in der Zukunft und schaffen Spielräume für weitere Investitionen.

Meine Damen und Herren, es kommt mir auch darauf an: Dieser Haushalt ist in jeder Hinsicht ein Rekordhaushalt, insbesondere auch im Investitionsbereich. Im Investitionsbereich können wir gar nicht genug tun. Ich denke, darin sind sich alle einig. Dort werden die Grundlagen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gelegt.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Die Rahmenbedingungen für Investitionen müssen passen. Das betrifft die Haushaltspolitik, aber auch die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber haben wir schon mehrfach diskutiert. Ich habe die hohe Ehre, morgen wieder mit anderen Bundesländern über die Frage diskutieren zu dürfen, wie sich die Grundsteuer in Deutschland weiterentwickelt. Wir müssen auch im steuerpolitischen Bereich Akzente setzen, Investitionen anregen und denjenigen, die investitionsbereit sind, auch Unterstützung gewähren. Meine Damen und Herren, wir brauchen in Bayern auch in Zukunft eine aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik. Diese Politik wollen wir machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Glück gibt es keine Arbeitslosigkeit. Wir haben in weitesten Bereichen unseres Landes Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zum Glück abhandengekommen. Wir haben in unserem Land erfolgreiche DAX-Konzerne und erfolgreiche Hand-

werksbetriebe. Wir haben erfolgreiche Start-ups und erfolgreiche Traditionsbetriebe. Wir haben fleißige Menschen und mutige Unternehmer. Das schafft uns die Spielräume für unseren Haushalt.

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist auch Standortpolitik – selbstverständlich. Wir wollen erreichen, dass in wirtschaftspolitischer Hinsicht der gesamte bayerische Raum als Standort Bayern wahrgenommen wird. Der Standort Bayern beschränkt sich nicht auf München und die anderen Metropolen. Wir haben in Bayern noch Gegenden, wo sich die großen Münchner Unternehmen, auch unsere DAX-Konzerne, einmal umsehen sollten, weil dort Wachstum sowohl in Bezug auf Flächen als auch in Bezug auf Arbeitskräfte noch möglich und erwünscht ist. Nicht nur wir als Staat sollten eine Heimatstrategie verfolgen, mit der wir versuchen, die Entwicklung in allen Landesteilen gleichmäßig zu gestalten. Ich bitte auch die bayerische Wirtschaft, eine Heimatstrategie der Wirtschaft aufzulegen,

(Alexander König (CSU): Sehr gute Idee!)

sodass dort, wo noch Möglichkeiten zum Investieren bestehen, Investitionen verstärkt stattfinden können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mang?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nein. – Darüber müssen wir uns unterhalten. Wir haben auch im Haushalt wieder herausragende wirtschaftspolitische Ansätze. Wir unterstützen Zukunftstechnologien aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt sowie künstliche Intelligenz mit signifikanten zweistelligen Millionenbeträgen. Ich nenne auch die Initiative Mobilfunk. Wir sorgen dafür, dass in Bayern die akademische und die berufliche Ausbildung gleichberechtigt nebeneinander gefördert werden. Wir fördern Master und Meister. Darauf kommt es an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Anhebung der für den Meisterbonus zur Verfügung stehenden Mittel auf 130 Millionen Euro im Doppelhaushalt ist wirklich signifikant. Damit wird das unterstützt, was ich darzustellen versuchte.

Wie können wir spitze bleiben? – Indem wir auf der einen Seite die Wirtschaft unterstützen, wirtschaftsfreundliche Politik betreiben; das schafft Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich mit unserer eigenen Haushaltspolitik stets Taktgeber und Vorbild sein. Wir ernten nun erste Früchte unserer Finanzpolitik. Wenn Sie in den Haushalt sehen, stellen Sie fest, dass in den Jahren 2019 und 2020 nur 0,9 % des Ausgabevolumens oder 0,56 Milliarden Euro jährlich für Zinsen aufgewandt werden müssen. Es ist in der Tat ein sehr niedriger Wert, ja ein historischer Tiefststand, den wir erreicht haben. Wir müssen nicht Zinsen zahlen, wir können investieren. Deshalb können wir eine Rekordinvestitionsquote von 13,7 % im Doppelhaushalt ausweisen; auch das gab es in dieser Weise noch nie. Wir liegen damit an der Spitze aller vergleichbaren westdeutschen Flächenländer. Der Gesamthaushalt weist, wie Sie wissen, 124,7 Milliarden Euro aus.

Der Haushalt wird im nächsten Jahr – 2020 – zurückgehen, weil durch die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs im Haushalt die Ausgaben zunächst sinken. Für dieses Jahr – 2019 – haben wir immerhin noch 6,9 Milliarden Euro einplanen müssen. Ab 2020 entfällt der Länderfinanzausgleich in seiner bisherigen Ausgestaltung. Die Gelder werden dann über die Umsatzsteuer neu verteilt, was nach den Erkenntnissen aus den damaligen Verhandlungen dazu führt, dass wir vonseiten des Freistaats Bayern deutlich weniger Geld bezahlen müssen. Unsere Kommunen werden in der Fortführung dessen, was in Berlin verhandelt wurde, davon stark profitieren.

Damit bin ich bei den Kommunen. Ich als langjähriger Kommunalpolitiker weiß: Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Heimatpolitik, die Finanzpolitik, ja der Staat insgesamt funktioniert, ist, dass es den Kommunen gut geht. Den Kommunen in Bay-

ern geht es hervorragend. Sie sind in einem top Zustand. Sie haben, auch unterstützt durch unsere Politik, die absolute Spitzenposition in Deutschland inne. Die Investitionsquote der Kommunen in Bayern erreicht 21,3 %; in den Flächenländern West sind es im Durchschnitt 13 %. Bayerns Kommunen haben den höchsten Finanzierungssaldo aller Flächenländer – und mit uns einen starken Partner.

Nachdem im Bundesrecht nicht mehr vorgesehen ist, dass die Kommunen ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage zu zahlen haben, werden den Kommunen ab 2020 noch einmal 800 Millionen Euro mehr in ihren Haushalten verbleiben. Ein stolzer Betrag! Neben all dem, was wir im kommunalen Finanzausgleich den Kommunen zugesagt haben, müssen sie noch einmal 800 Millionen Euro weniger abführen. Das ist eine riesige Summe. Das wird dazu führen, dass die Kommunen noch mehr investieren können.

(Alexander König (CSU): Sag es ruhig so laut, damit es alle wissen!)

Wir haben uns in dem Spitzengespräch darauf verständigt, dass wir diese bundesgesetzliche Vorgabe so hinnehmen und nicht Gegenrechnungen anstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber irgendwann einmal – auch das muss ich ehrlicherweise sagen dürfen – müssen die Kommunen sagen: Das ist wirklich ein guter Haushalt! Das ist viel Geld!

Meine Damen und Herren, diese 800 Millionen Euro hätte ich natürlich auch gern in meinem Staatshaushalt gehabt. Diese Summe muss ich nämlich von dem, was ich weniger nach Berlin und an andere Bundesländer überweisen muss, schon abziehen. Ich akzeptiere das zum Wohle der bayerischen Kommunen, möchte aber, um Nachfragen vorzubeugen, auch sagen: Wenn 1,3 Milliarden Euro – so war es damals kalkuliert – weniger nach Berlin gezahlt werden müssen und über 800 Millionen Euro bei den bayerischen Kommunen verbleiben, dann sind meine Spielräume und die des Parlaments aus dieser Entlastung nicht mehr ganz so groß, wie wir es uns wünschten. Aber

– ich wiederhole es – die Kommunen werden davon profitieren, wie sie auch vom kommunalen Finanzausgleich insgesamt profitieren. Nie haben die bayerischen Kommunen vom Freistaat Bayern so viel Geld erhalten wie in diesem Jahr, meine Damen und Herren. Niemals haben sie mehr erhalten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten im Jahr 2014 einen kommunalen Finanzausgleich von 7,9 Milliarden Euro. Er stieg schrittweise an: auf 8,3 Milliarden Euro, auf 8,56 Milliarden Euro, auf 8,9 Milliarden Euro, auf über 9 Milliarden Euro, auf 9,5 Milliarden Euro und jetzt auf 9,97 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie hoch war denn die Steigerung im Gesamthaushalt?)

2 Milliarden Euro mehr für die Kommunen in den vergangenen fünf Jahren – so hoch ist die Steigerung gewesen. Deswegen können die Kommunen gut agieren. Wir können darüber hinaus feststellen, dass die Schlüsselzuweisungen um 240 Millionen Euro angewachsen sind. Wir stärken die Hochbaumaßnahmen der Kommunen um weitere 50 Millionen Euro. Unseren Anteil an der Übernahme der Betriebskosten des ÖPNV haben wir um 27 % aufgestockt. Die Krankenhausfinanzierung belassen wir auf dem hohen Niveau von 643 Millionen Euro. All das sind Summen, die vor Ort Segensreiches bewirken.

Wir stellen in unseren Haushalt zudem Beträge für Vorhaben ein, die originär gar nicht unsere Aufgabe wären. Wir haben vor, den Kommunen in den nächsten Jahren 150 Millionen Euro als Kompensation für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu gewähren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Oje! Da klat-schen nur die FREIEN WÄHLER!)

In diesem Jahr werden es 100 Millionen Euro sein; denn 50 Millionen Euro fließen in einen Härtefonds für Rückerstattungen an Menschen, die mit diesen Zahlungen überfordert waren. Die anderen Millionen können wir verteilen, vor allem zur Spitzabrechnung im Bereich des Straßenausbaus und für den Einstieg in die Pauschalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die bayerischen Kommunen in den Jahren 2010 bis 2017 jährlich im Durchschnitt – nach ihren eigenen Angaben – 62 Millionen Euro erhoben haben, dann kann mir doch heute niemand sagen, dass 150 Millionen Euro eine zu geringe Kompensationsleistung für die bayerischen Kommunen seien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All das wird unseren Kommunen zugutekommen. Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen zum Breitbandausbau. Wir gewähren eine Mobilfunkförderung. Wir unterstützen die Kinderbetreuung. Die Kommunen können so viel investieren wie nie zuvor!

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kommunen können investieren; auch der Freistaat selbst investiert weiter. Wichtige Themen sind Digitalisierung und bezahlbares Wohnen. Die Kommunen werden im Bereich der Digitalisierung durch ein eigenes Förderprogramm zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren unterstützt.

Wir haben weitere 500 Millionen Euro für die Breitbandförderung in unserem Haushalt. Im Übrigen haben wir im Breitbandbereich in den letzten fünf Jahren Fortschritte gemacht, die es in dieser Form nirgendwo anders gibt. In Bayern haben mittlerweile 90 % aller Haushalte 30 Mbit/s, und 80 % aller Haushalte haben 50 Mbit/s. Das ist eine der wichtigsten Botschaften für den ländlichen Raum. Vor fünf Jahren hatten im ländlichen Raum nur 27 % der Haushalte schnelles Internet. Mittlerweile sind es 81 %.

Meine Damen und Herren, auch mir wäre es lieber, es ginge noch schneller. Aber jede Glasfaserleitung muss verlegt werden, und jedes Mal muss ein Verfahren durchgeführt werden. Wir kümmern uns darum, dass es mit diesem Ausbau vorangeht, damit Bay-

ern an der Spitze bleibt. Nirgendwo ist die Dynamik des Ausbaus so hoch wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch im Bereich des bezahlbaren Wohnens werden weitere Akzente gesetzt. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung liegt in den Jahren 2018 und 2019 bei ungefähr 1,7 Milliarden Euro. Wir verlängern unser kommunales Wohnraumförderungsprogramm auch im Jahre 2020 unverändert mit 150 Millionen, obwohl im damaligen Wohnungspakt eigentlich geplant war, dass es ausläuft.

Im Bereich der Städtebauförderung haben wir einen Rekordbewilligungsrahmen in Höhe von 908 Millionen Euro. Damit können wir die Maßnahmen in der Städtebauförderung vor Ort hervorragend gestalten. Im Bereich der Innenortsentwicklung kommt es uns ganz entscheidend darauf an, neue Akzente zu setzen, indem wir die Kommunen bei ihren Investitionen unterstützen.

Wir investieren in BayernHeim, im Städtebau. 1.000 neue Staatsbedienstetenwohnungen werden wir bis 2020 haben. Das sind alles Mittel, die dazu aufgewandt werden, den Schwächeren in unserer Gesellschaft auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, Bayern ist das sicherste Bundesland. Auch hier setzen wir weitere Akzente. Wir haben 1.000 neue Polizeistellen im Doppelhaushalt. Ich weiß nicht, ob es in anderen Bundesländern Vergleichbares gibt: Das ohnehin sicherste Land sagt, man wolle noch sicherer werden. Wir werden alles dafür tun, was wir nur können, um noch mehr Polizei in der Fläche oder auch an der Grenze zu haben. Wir wollen mit Polizeidienststellen vor Ort nicht nur die subjektive Sicherheit der Menschen stärken, sondern auch objektiv noch besser werden, obwohl wir doch schon sehr gut sind.

Mit Fug und Recht können wir behaupten, dass es mit diesen 1.000 Stellen seine Richtigkeit hat und dass es richtig ist, dass wir für die innere Sicherheit und für den Rechtsschutz in diesem Doppelhaushalt 13,5 Milliarden Euro vorsehen. 930 Millionen Euro haben wir allein schon für das Polizeibudget vorgesehen. Lieber Herr Kollege Herrmann, das alles sind Rekordsummen, mit denen wir uns mit allen Bundesländern vergleichen können und mit denen wir ganz bestimmt das sicherste Bundesland bleiben werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das "Bildungsland Bayern" ist nicht nur eine Floskel, sondern Realität. In allen Bildungsrankings, über die ich im Einzelnen jetzt nicht philosophieren möchte, steht Bayern an der Spitze. Und nun werden wir im neuen Doppelhaushalt noch einmal 2.000 neue Stellen und im Sozialbereich weitere 200 Stellen vorsehen. Damit beweisen wir, dass die wichtigste Investition aus unserer Sicht den Köpfen der Menschen gilt. Wir wollen, dass die Menschen bei uns auch in der Zukunft im Bildungsbereich an der Spitze bleiben.

Dafür tun wir alles. Wir tun aber auch alles dafür, dass die Bildungspolitik in Bayern eigenständig bleibt. Wir haben nicht einmal schnell weitere Stellen in Aussicht gestellt oder sofort Einverständnis damit gezeigt, dass der Bund alles steuern soll, wie es die Linken fordern. Danke, Herr Ministerpräsident, dass wir Kurs gehalten haben, dass die bayerische Bildungspolitik auch in Zukunft in Bayern und nicht in Berlin gemacht wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Dass wir dennoch das Geld weiterhin bekommen, war wirklich eine hervorragende Verhandlungsleistung unseres Ministerpräsidenten. Damit können wir in Bayern eine gute Bildungspolitik machen. Mit dem Geld, das vom Bund kommt, können wir unsere eigenen Investitionen ergänzen. Denn gerade im Bereich der Digitalisierung der Schu-

len sind wir schon jetzt sehr intensiv unterwegs, mit all den Summen, die wir dafür aufbringen.

Auch für den Bereich der Hochschulen möchte ich feststellen, dass es großartige Fortschritte gibt. Ich nenne nur das Uniklinikum Augsburg. Wenn man nun generell betrachtet, wie sich die Hochbaumittel in diesem Doppelhaushalt entwickeln, dann kann man eigentlich nur aufstehen und ganz laut applaudieren. Im Jahre 2018 beliefen sich die Baumaßnahmen im Hochschulbereich auf 400 Millionen Euro; im Jahr 2019 waren es 505 Millionen; und im Jahr 2020 werden es 570 Millionen sein. Überall also haben wir Rekordsteigerungen und damit die Möglichkeit, vor Ort akademische Bildung gleichwertig neben die berufliche Bildung zu stellen. Insofern hoffe ich, dass wir auch in diesem Bereich Ihre Zustimmung finden.

Ich komme nun zum Klimaschutz im Mobilitätsland Bayern. Ja, wir sind ein Flächenstaat. Wir sind gerade im ländlichen Bereich darauf angewiesen, neben den berechtigten Forderungen und Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, auch in Zukunft noch den Individualverkehr zu ermöglichen. Wir setzen in Bayern nicht nur darauf, dass es Autos gibt, sondern wir fordern die bayerische Wirtschaft auch dazu auf, auch in Zukunft die besten Autos zu bauen, die es auf der ganzen Welt gibt.

Nur eines können wir nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich dass wir in Bayern unsere Autos aus angeblichen Gründen der Luftreinhaltung nicht mehr fahren lassen und die anderen in der ganzen Welt auffordern, unsere Autos zu kaufen. Deswegen bin ich sehr froh, dass es in Bayern keine unverhältnismäßigen Fahrverbote gibt. Ich sage es noch einmal: Bayern als größtes Flächenland muss mobil bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das gilt gleichermaßen für den ÖPNV wie für den Individualverkehr.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vor diesem Hintergrund stocken wir die Maßnahmen für die Luftreinhaltung auf. 2019 werden es bereits 14 Millionen Euro sein, und im Jahre 2020 werden wir noch einmal 13 Millionen drauflegen. 111 Millionen sind also im Doppelhaushalt vorgesehen. 136 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen dienen nur der Luftreinhaltung. Für den Individualverkehr und den Bau der Staatsstraßen werden wir wie im Vorjahr 703 Millionen bereitstellen. Damit können die Baumaßnahmen für die Staatsstraßen auf dem Niveau der Vorjahre weitergeführt werden.

Und noch eines möchte ich sagen: Vor Kurzem habe ich die Kritik gelesen, dass zu viele Bundesgelder im Bereich des Straßenbaus nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, diese Kritik kam hauptsächlich von der linken Seite. Ich habe die Beschwerden von GRÜNEN in Berlin im Ohr, dass zu viele Straßenbaumittel nach Bayern flössen. Meine Damen und Herren, seit wann können wir denn bayerische Politiker dafür geißeln, dass so viel Geld nach Bayern fließt? – Wie verrückt müsste man da eigentlich sein! Seien wir doch froh; wir können jeden Euro dringend brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Luftreinhaltung und Mobilität dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gute Luft ist unser Ziel, ohne Fahrverbote. Darauf kommt es an. Der ÖPNV leistet Hervorragendes dazu. Deswegen stocken wir auch hier die Mittel auf. In 2018 gab es 447 Millionen dafür, in 2019 sind es bereits 497 Millionen, und für 2020 ist ein ähnlicher Betrag vorgesehen. Das sind also annähernd eine Milliarde für den ÖPNV in diesem Doppelhaushalt.

Ich finde, damit können wir sehr viel erreichen, sowohl was den Bereich der Luftreinhaltung als auch was die Flächenwirksamkeit angeht. Wir stocken im ländlichen Raum die ÖPNV-Zuweisungen von 75 auf 94 Millionen auf. Das ist eine wichtige Aufstockung. Darüber hinaus stehen im Bereich der weiteren Förderung des ÖPNV zweistellige Millionenbeträge zur Verfügung. Das alles ist ein Niveau, mit dem wir sehr gut leben können.

Im Übrigen haben wir neben all dem auch im Bereich von Umwelt und Landwirtschaft weitere Akzente gesetzt. Für den Vertragsnaturschutz gibt es Rekordzahlen. 2015 hatten wir unter anderem im Vertragsnaturschutz 100 Millionen eingesetzt. Im Jahre 2020 werden es 178 Millionen sein. Daran können Sie die Steigerungen erkennen.

Wir wollen Umweltschutz und Landwirtschaft in Einklang bringen. Land- und Forstwirte sollen Partner im Bereich von Natur- und Landschaftspflege sowie in der Produktion der Nahrungsmittel insgesamt sein. Bayerns Artenvielfalt ist seit Jahrhunderten eng mit der bäuerlichen Landwirtschaft und der Forstwirtschaft verwoben. Ich hoffe, es bleibt dabei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass es nun einen Runden Tisch gibt, damit die Interessenkollisionen, die es offensichtlich gibt, und die unterschiedlichen Auffassungen zusammengeführt werden. Dieser Runde Tisch wird dazu führen, dass der Frieden zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft noch größer wird. Ich wünsche diesem Runden Tisch einen großen Fortschritt.

Liebe Michaela Kaniber, aber wir haben auch hier viel vorzuweisen. Nirgendwo wird der Biolandbau so intensiv unterstützt wie in Bayern. 10 % der bayerischen Bauern sind Biobauern. Fragen Sie einmal in Schleswig-Holstein, wie viele es dort sind. Nirgendwo wird pro Hektar so viel Geld für die Biolandwirtschaft ausgegeben wie bei uns. Unser Kulturlandschaftsprogramm für freiwillige Agrarumweltleistungen ist in den letzten Jahren in einem Maß ausgebaut worden, wie man es sich eigentlich nur hätte erträumen können. Wir hatten für das Kulturlandschaftsprogramm im Jahr 2015 190 Millionen Euro im Haushalt und werden 2020 292 Millionen Euro im Haushalt haben, also 100 Millionen Euro mehr. Das ist eine Steigerung von 30 %. Wo gibt es denn so was? – Nur in Bayern. Hier versöhnen wir Bauern und Umwelt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, ich hätte eine erneute Zwischenbemerkung. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Bauern leisten eben auch im Bereich der Arbeitsplätze Großes. Wir wollen in Bayern die Landwirtschaft weiterhin als wirklich wichtigen Wirtschaftszweig haben. Wir wollen auch noch Bauern, nicht nur Landwirtschaft.

Wenn das alles funktioniert – die Wirtschaft und der Staat –, kann man auch Sozialpolitik machen. In Bayern sollen sich unsere Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Natur wohlfühlen, sondern sie sollen auch im Alltag erleben, dass wir ihnen in ihren familiären Situationen helfen. Familien sind Eltern mit Kindern. Familien sind aber auch Eltern mit Eltern. Wir reden immer über die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Wir müssen aber auch über die Vereinbarkeit von Beruf und pflegebedürftigen Eltern reden. Überall geben wir Antwort: den jungen Familien mit dem Familiengeld und der Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze. Bei den Senioren geben wir mit unserem Landespflegegeld Antwort. Das alles passiert mit signifikanten Beträgen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich habe in den letzten Tagen gelesen, da sei über Bayern etwas mit der Gießkanne verteilt worden.

Sagen Sie es doch den jungen Familien, wenn Sie das Familiengeld ablehnen. Sagen Sie doch den Pflegebedürftigen, dass Sie das Pflegegeld ablehnen. Dann habe ich Respekt. Ich sage das nicht; denn wir wollen junge Familien und Pflegebedürftige unterstützen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Des Weiteren fördern wir Familien durch die Unterstützung von Baumaßnahmen. Wir zahlen eine Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld. Alle diese Maßnah-

men führen dazu, dass die Menschen auch bei der Schaffung eines Eigenheims vom Staat unterstützt werden.

Ich möchte, dass diese Familienkoalition tatsächlich Wort hält. Das haben wir getan. Wir haben die Beitragsbefreiung für Kindergartenplätze eingeführt. Das Familiengeld behalten wir bei. Wir haben eine Familien-Milliarde kreiert. Ich sage das mit Stolz, weil eine bayerische Familien-Milliarde unseren Menschen zugutekommt. Wir in Bayern denken auch an die sozialen Herausforderungen und geben insofern Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es liegt noch eine Zwischenfrage vor. – Nein.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Auch die Geburtshilfe wird von uns finanziell unterstützt. Wir haben den Hebammenbonus, die Niederlassungsprämie für Hebammen und 25 Millionen Euro Strukturverbesserung bezüglich der Krankenhäuser im ländlichen Bereich. Wo gibt es das? – Nur in Bayern.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Grundlage für ein funktionierendes Staatswesen ist neben einer klugen Politik natürlich eine engagierte, funktionierende Verwaltung. Das sind Menschen, die sich als Tarifbeschäftigte und Beamte in unseren Verwaltungen einbringen, die Ideen entwickeln und umsetzen und selbst tätig werden, damit dieser Staat funktioniert.

Deswegen bleiben wir auch beim jüngsten Tarifabschluss der Länder ein verlässlicher Partner unserer Bediensteten, ein verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber. Es ist eben nicht so, wie mancherorts geschrieben wurde, dass die Steigerung der Gehälter um 8 % das Jahr 2019 beträfe. 3,2 %, 3,2 %, 1,4 %, das sind die drei Zahlen für die nächsten drei Jahre. Wir zahlen selbstverständlich nicht nur unsere Tarifbeschäftigten nach den vereinbarten Tarifen, sondern übertragen diese Ergebnisse auch zeitgleich

und systemgerecht auf unsere Beamten, weil wir in Bayern auf ihre Arbeit stolz sind und uns für ihr Tun bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich kostet diese Maßnahme 2,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Die 1,4 % des Jahres 2021 machen noch einmal 380 Millionen Euro aus. Aber wir haben im Doppelhaushalt für diesen Betrag vorgesorgt, weil es von Anfang an unser Ziel war, die Damen und Herren Bediensteten des Freistaates Bayern mit dem Tarifabschluss verlässlich auszustatten, und den Abschluss auf die Beamten zu übertragen.

Wir sind spitze. Dieser Haushalt belegt es. Wir finanzieren diesen Haushalt teilweise mit einer Entnahme aus der Rücklage. Diese Entnahme aus der Rücklage ist keineswegs unverantwortlich. Nach dem, was wir vorgelegt haben, verbleiben am Ende des Doppelhaushalts noch 2,2 Milliarden Euro in der Rücklage. Ich kann heute noch keine konkreten Zahlen präsentieren, sage aber eines: Der bevorstehende Abschluss 2018 macht mir jedenfalls Mut und beweist, dass wir uns in der Kalkulation dessen, was wir hier darstellen, garantiert nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, wir wären unsolide – ganz im Gegenteil, wir haben sehr gut kalkuliert. Wenn sich die Rücklage in der Weise fortentwickelt, wie es sich im Moment darstellt, bin ich sehr, sehr zufrieden.

Diejenigen, die jetzt anschließend sagen werden, wir hätten zu viel Geld verbraucht, bitte ich, gleich zu erklären, wo wir weniger hätten ausgeben sollen. Bitte sagen Sie gleich: Familiengeld kürzen, Pflegegeld kürzen, Baukindergeld kürzen. Bitte sagen Sie gleich, wir sollen bei den Beamten sparen. Oder sagen Sie uns gleich, wir sollen den Kommunen weniger Geld geben. Wenn Sie uns das heute sagen, kann Ihr Argument ernst genommen werden. Denjenigen, die sagen, wir hätten noch mehr Geld ausgeben sollen, denen muss ich sagen, dass es mit dem, was wir vorgelegt haben, gut ist. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Landeshaushalt spitze ist und dass Bayern durch diesen Landeshaushalt an der Spitze bleiben wird. Spitze wollen wir sein und bleiben.

Deswegen danke ich und bitte gleichzeitig darum, dass dieser Haushalt in den jetzt beginnenden Beratungen in den Ausschüssen wie im Haushaltsausschuss und zum Schluss im Mai im Plenum Ihre Zustimmung findet. Wir haben jedenfalls eine Vorlage gemacht, die ihresgleichen sucht, auf die ich persönlich stolz bin und die den Freistaat Bayern mit Sicherheit vorwärtsbringt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang von der AfD das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich möchte meiner Rede nicht vorgreifen. Aber die folgende Frage möchte ich von Ihnen doch beantwortet wissen. Sie haben gesagt, dass zur Schuldentilgung 1 Milliarde Euro aufgewendet werden, und bereits selber dargestellt, dass die Rücklagen von 5,8 Milliarden auf 2,2 Milliarden Euro abgeschmolzen werden. Das ergibt eine Differenz von 3,6 Milliarden Euro. Würden Sie dieses Tafelsilber nicht angreifen, ergäbe sich ein Betrag von 3,1 Milliarden Euro, um den sich der bayerische Staatshaushalt verschulden würde. Da bitte ich schon um Klärung.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Die Erklärung ist ganz einfach: Durch jahrzehntelanges gutes Wirtschaften sind auf unserem laufenden Konto, das wir als Rücklage bezeichnen, Ende 2018 5,8 Milliarden Euro gewesen.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Jeder normale Mensch wird in seinem privaten Haushalt, wenn er sich besondere Dinge vornimmt, auf sein Konto zugreifen. Wir haben uns vorgenommen, in der Familienpolitik und der Pflege Akzente zu setzen. Ich halte es für richtig, dass man dafür

auch diese Summen der Rücklage entnimmt. Die Rücklage wird durch den Haushaltsvollzug 2018, den ich auch noch nicht im Detail kenne, wieder ergänzt werden. Ich habe eben in meiner Rede bereits angedeutet, dass das, was ich davon weiß, dazu führt, dass ich mir um die Rücklagenentwicklung im Jahr 2019 keine Sorgen mache. Mehr kann ich dazu seriöserweise noch nicht sagen. Aber die Sorge, dass das Rücklagenkonto in Kürze ganz leer würde, kann ich Ihnen nehmen. Das passiert ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Interventionen liegen nicht vor. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich zur Kenntnis geben, dass der Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 121 Minuten beschlossen hat. Nachdem der Herr Staatsminister etwas länger gesprochen hat, bekommen die Fraktionen diese Zeit zusätzlich auf ihr Kontingent angerechnet. – Als Nächster erteile ich Frau Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Endlich ist er da, der Haushaltsentwurf 2019/2020; wohlge-merkt: 2019 ist das laufende Jahr. Jetzt wissen wir auch, warum wir so lange warten mussten: Sie, sehr geehrte Koalition, haben so lange herumgerechnet; denn es ging und ging nicht auf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Das wissen Sie ganz genau!)

Man kann Ihnen eigentlich kein Geld anvertrauen.

(Alexander König (CSU): Das ist noch größerer Unsinn!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld. Sie langen tief in die Rücklagen. Herr Minister, das ist kein laufendes Konto.

(Alexander König (CSU): Zur Orientierung: Sie sprechen im Bayerischen Landtag!)

Sie bedienen sich aus öffentlichem Geld, weil die Rechnung nicht aufgegangen ist. Last In – First Out, ist das Ihr Motto?

(Beifall bei den GRÜNEN)

An Sie, FREIE WÄHLER: Straßenausbaubeiträge, Straßenersterschließung: Wissen Sie eigentlich, was in den Kommunen vor Ort los ist, welche Lawine Sie losgetreten haben?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir schon!)

Sie haben ohne Plan und Ziel einfach mal so etwas hinausgehauen, und die Kommunen sollen schauen, wie sie zukünftig ihre Straßen erschließen und erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie, sehr geehrte FREIE WÄHLER, haben immer so getan, als ob Sie den Kommunen helfen und die Kommunen unterstützen wollten. Und nun? – Alle Schnellschüsse zur Pflege, zur Kinderbetreuung, zu Strabs und zu Strebs belasten die Kommunen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie reden, wir handeln!)

Die Kommunen müssen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen und sich überlegen, wo sie dafür das Personal herbekommen. Die überstürzte Einführung der Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung macht zukünftig eine halbe Milliarde Euro pro Jahr aus.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Welcher Familie nützt ein beitragsfreier Platz, wenn sie ihn dann nicht bekommt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Familien bekommen ihn nicht, weil es nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt.

(Alexander König (CSU): Was nützt ein Platz, den es nicht gibt?)

Nicht einmal bestehende Gruppen können personell besetzt werden. Ich sage Ihnen etwas: Für eine Personaloffensive, eine Ausbildungsinitiative und eine Qualitätsinitiative in unserer Kinderbetreuung hätten wir eine halbe Milliarde Euro im Jahr brauchen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es schon! –
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Subsidiaritätsprinzip!)

Das Familiengeld will auch noch finanziert werden. Das Familiengeld macht in den beiden Jahren 1,5 Milliarden Euro aus. Dieses überstürzt eingeführte Familiengeld kommt erst nach einem ewigen Hin und Her bei den wirklich bedürftigen Familien an. Sie verweigern den Pflegeeltern, die Kinder aus schwierigsten Verhältnissen ohne Adoptionsabsicht in Pflege nehmen, dieses Familiengeld. Hier geht es um 400 Pflegeeltern. Da werden Sie auf einmal kleinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für unsere Polizei gibt es jetzt erst einmal die Body-Cam. Und dann bekommt demnächst jeder Streifenwagen ein Tablet und ein Handy. Herr Minister Herrmann, wir schreiben das Jahr 2019. Bei einem Haushaltsvolumen von 125 Milliarden Euro in zwei Jahren werden demnächst Handys für unsere Polizei angeschafft. Jeder Packpostbote kommt seit Jahren mit einem elektronischen Gerät an die Haustür, und Sie stellen jetzt vom Klemmbrett aufs Tablet um.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sehr billig, was Sie hier vortragen!)

Wir sagen Ihnen: Schluss mit der Bayerischen Grenzpolizei ohne Befugnis! Schluss mit Ihrer Kavallerie! Schluss mit der ehrenamtlichen Sicherheitswacht; denn die entwertet echte Polizeiarbeit. Sorgen Sie für mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ach ja: Wir haben ja jetzt ein Digitalministerium, natürlich gleich mit einem Beamtenapparat dazu. Für die für unsere Zukunft so wichtigen Themen wie Cybersecurity, E-Government und digitale Bildung stellen Sie einen Mini-Etat von 79 Millionen Euro für ganz Bayern bereit. Ich glaube, Sie verkennen hier die Dringlichkeit. Warum liegt eigentlich die Zuständigkeit für die Breitbandförderung nicht beim neuen Digitalministerium? Wollten Sie der neuen Ministerin keine Kompetenzen geben?

Bayern barrierefrei, was für ein hochgelobtes Ziel. Dafür hat Ihre Partei längst die Marke 2023 gesetzt. Aber wo bleibt denn die Barrierefreiheit? – 835.000 Euro für kleine Baumaßnahmen – ist das ein Witz? Sie zählen im Einzelplan 10 alles zur Barrierefreiheit, damit dieser Plan überhaupt nach etwas aussieht. Die Linienbusse tauchen zum Beispiel gleich dreimal im Haushaltsplan auf, nämlich beim Klimaschutz, bei der Mobilität und bei der Barrierefreiheit. In Wirklichkeit ist das nur eine Ersatzbeschaffung. So wird getrickst. Es wäre schön gewesen, wenn Sie dreimal so viel dafür ausgegeben hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Investitionen an unseren Schulen für die Barrierefreiheit im Bestand sind mit der Gesamthöhe von 11 Millionen Euro im ersten und 13,3 Millionen Euro im zweiten Jahr geradezu lächerlich. Das reicht für einen Handlauf an jeder Schule, dann ist es schon wieder aus mit dem Menschenrecht der Teilhabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterstützen Sie endlich unsere Kommunen bei der Nachrüstung öffentlicher Gebäude. Wir GRÜNE haben schon für den letzten Doppelhaushalt 20 Millionen Euro gefordert. Mit Ihrer Verweigerungshaltung schaffen Sie nur einen weiteren Investitionsstau.

Nennen Sie mir bitte einen guten Grund für den zweiten Dienstsitz des Gesundheitsministeriums in Nürnberg. Dieser ist völlig überflüssig. Allein die Mieten und Pachten steigen dadurch um eine weitere Million Euro. Herr Ministerpräsident, das ist ein sinnfreies Projekt, rein zur Selbstdarstellung in Ihrer eigenen Heimat. Ich nenne gleich noch ein weiteres sinnfreies Projekt, nämlich den Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen mit dem dazugehörigen Neubau. Das alles für knapp 20 verlagerte Arbeitsplätze. Die ohnehin schon exorbitanten Kosten in Höhe von 33 Millionen Euro sind bereits auf 50 Millionen Euro gestiegen. Das zeigt ein weiteres Mal, wie wenig kostenbewusst die Staatsregierung mit öffentlichem Geld umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns sicher einig: Ein mit gewaltiger Wucht auf uns zudonnerndes Problem ist die Pflege. Das ist keine Überraschung. Schauen Sie sich um: Pflegekräfte, Betroffene und Angehörige, sie alle sind am Limit. Und warum? – Erst in der vergangenen Woche wurden über 100.000 Unterschriften für das Volksbegehren für eine bessere Pflege übergeben. Jetzt gibt es aber das Landespflegegeld. Jetzt werden jedem Pflegebedürftigen über das Landespflegegeld ein paar Scheine in die Hand gedrückt. Haben wir dadurch nur eine einzige Pflegekraft mehr? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung! – Alexander König (CSU): Informieren Sie sich erst einmal, bevor Sie zu reden anfangen! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist menschenverachtend!)

Sie wissen ja nicht einmal, wie viel Euro das versprochene Landespflegegeld ausmacht. Das steht auch so in Ihrem Entwurf: "Unklarer Bedarf", "Flexibilität im Haushaltsvollzug". Ich bitte Sie: Flexibilität bei angesetzten 748 Millionen Euro in zwei Jahren. Was hätten wir für 748 Millionen Euro in zwei Jahren in der Pflege alles auf den Weg bringen können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann gibt es gleich noch eine neue Behörde, die nur dafür da ist, um das Geld auszuzahlen. Auch diese Stellen wären besser in die Pflege direkt investiert worden. Und jetzt haben Sie, liebe FREIE WÄHLER, auch noch einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz festgezurr. Wie das geht, darüber sollen sich die Kommunen den Kopf zerbrechen. Sie wissen ganz genau, dass nur belegte Pflegeplätze bezuschusst werden. Wie sollen da unsere Kommunen leere Plätze für den kurzfristigen Bedarf vorhalten? – Auch hier bräuchten wir Personal und keine Taschengeldverteilung an die Betroffenen. Was nützt das Landespflegegeld, wenn ich für meine Angehörigen keinen Pflegeplatz finde?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Brauchen Sie zu jedem Thema, das unserer Gesellschaft auf den Nägeln brennt, erst ein Volksbegehren, damit Sie aktiv werden? Das scheint Ihnen alles nicht so wichtig zu sein.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir lehnen das Volksbegehren wenigstens nicht ab!)

Das zeigt auch die peinliche Situation bei der versprochenen Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe. Erst haben Sie versprochen, dass das Schulgeld abgeschafft wird, und dann fliegt das Ganze wieder aus dem Haushalt raus. Die Schulen vor Ort, die angehenden Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern hatten sich auf Sie verlassen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Man kann gebührenfreie Kitas, Baukindergeld, Lan-

despflegegeld und Familiengeld einführen. Das kann man alles machen, wenn es mal richtig läuft. Aber zuerst brauchen wir Erzieherinnen und Erzieher, Wohnungen, Pflegeplätze und das Personal dafür. Erst dann kann übriges Geld mit der Gießkanne verteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich zum Stichwort "personelle Unterbesetzung". Bei der Justiz sind der Mittelbau und der Unterbau nach wie vor schlecht ausgestattet. Für eine funktionierende Justiz sind aber nicht nur genügend Richterstellen, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Rechtspfleger, Verwaltungspersonal, Justizvollzugsbeamte, Anwältinnen und Anwälte notwendig.

Das Gleiche gilt für unsere Finanzämter. Sogar die Bayerische Finanzgewerkschaft fordert mittlerweile nicht mehr so viel. Dort wurde nämlich erkannt, wie tief schon jetzt in die Rücklagen gegriffen wurde. Derzeit macht die Schaffung zusätzlicher Stellen auch überhaupt keinen Sinn, weil schon so viele vorhandene Stellen unbesetzt sind. Wir müssen mehr junge Leute ausbilden, diese gut bezahlen und an uns binden. Wir müssen dafür sorgen, dass Fachwissen nicht abwandert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein gebrochenes Versprechen: In der letzten Legislaturperiode gab es eine interfraktionelle EntschlieÙung. Demnach sollte der Zugang zu Bildung für alle offen sein, auch für Erwachsene. Das ist auch logisch; denn bessere Bildung auch von Erwachsenen dient der Sicherung der Demokratie. Am Konzept für die Erwachsenenbildung waren alle vier Fraktionen beteiligt, und alle waren sich einig, die Volkshochschulen in den kommenden Jahren strukturell zu unterstützen. Diese Erklärung war eine Sternstunde des Parlaments. Sie wurden dafür geehrt und haben dafür einen Preis bekommen. Dabei geht es um 5 Millionen Euro im Jahr. Was ist geschehen? – Der Posten wurde kurzfristig aus dem Haushaltsplan gestrichen. Herr Minister Piazzolo – er ist gerade nicht im Saal – war bei den Gesprächen

für die Entschließungserklärung dabei. Auf was soll man sich noch verlassen können, wenn nicht auf das gemeinsame Wort von Regierung und Opposition?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verlassen Sie sich darauf: Wir werden alles tun, damit diese Beträge wieder in den Haushaltsplan kommen, damit unsere Volkshochschulen, die eine so wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten, nicht im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Seit Neuestem sind Sie für den Klimaschutz in Bayern. Ich möchte gleich fragen: Warum sind im Haushaltsplan so wenig Mittel für die Nahwärmenetze zu finden? – Unsere Kommunen und Landkreise brauchen Zuschüsse für nachhaltige Mobilitätskonzepte und das Flächenmanagement. Wir brauchen in den Landkreisen Energieagenturen. Die Bürgerinnen und Bürger sind für den Klimaschutz längst bereit, aber sie brauchen Hilfestellung vor Ort.

Sie haben viel über die Bauern und deren Rolle für die nachhaltige Landwirtschaft und den Artenschutz gesprochen. Fördern Sie dann bitte die entsprechenden Maßnahmen, und zwar ordentlich. Fördern Sie Öko-Modellregionen, entfristen Sie endlich die Försterstellen für den Waldumbau, kümmern Sie sich um die Umsetzung der Stellen für die Bergwaldoffensive! – Das wären nachhaltige Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und zum nachhaltigen Gewässerschutz in Bayern. Interessieren Sie diese Themen nicht? Bayern ist völlig in Verzug mit der Umsetzung dieser Richtlinie.

Seit Kurzem fahren Sie auch noch gerne S-Bahn. Haben Sie schon bemerkt, wie fehleranfällig und unzuverlässig das ganze System ist? Ganz oben auf der To-do-Liste steht Folgendes: Verkehrsverbünde fördern und günstigere Tarife für die Pendlerinnen

und Pendler, die bislang mit dem Auto gefahren sind. Verkehrsverbünde müssen endlich in ganz Bayern geschaffen werden, um den vorsintflutlichen öffentlichen Personennahverkehr auf dem Land ins 21. Jahrhundert zu holen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Schienenpersonennahverkehr muss ausgebaut werden. Außenäste und Ringe sind notwendig. Wir müssen noch viel stärker ausbauen. Dies muss auch in freiwilliger Vorfinanzierung durch den Freistaat geschehen. Wir müssen viel höhere Bestellerentgelte für die Bayerische Eisenbahngesellschaft einkalkulieren. Die Züge werden nämlich nur so gut fahren, wie sie der Staat bestellt. Ich würde sagen: Schicken Sie sich, bevor auch hier der letzte Zug abgefahren ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleiben denn die nennenswerten Investitionen in den Radverkehr über das derzeit homöopathische Maß hinaus? Für Vorschläge stellen wir Ihnen gerne unsere Anträge zur Verfügung.

Nun komme ich zum Pensionsfonds. Eigentlich hätten Sie in all den Jahren schon viel mehr in den Pensionsfonds einzahlen müssen. Ihre Schuldentilgung ist nämlich ein Ersatz für den Pensionsfonds, den wir brauchen, weil so viele Personen eingestellt worden sind. Wie wollen Sie die Lücke in der Altersversorgung je wieder schließen? Im Jahr 2019 werden statt 600 Millionen nur 100 Millionen einbezahlt. Da ist also ein weiteres Loch, das Sie zukünftigen Generationen hinterlassen. Nun wird aber auch klar, warum sich Ministerpräsident Söder derart vehement für eine Amtszeitbegrenzung einsetzt. Wenn im Jahr 2030 die Pensionen zu zahlen sein werden und die angekündigte Schuldentilgung nicht erreicht sein wird, dann wird Herr Söder schon über alle Berge sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Er wird wahrscheinlich nicht über alle Berge sein, sondern in den Talkshows, in denen er uns dann die Welt erklären wird. Ich habe schon jetzt ein Déjà-vu.

(Alexander König (CSU): Absolut lächerlich!)

Es hieß immer, dass Sie 3,6 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen. Wenn man jedoch genau nachliest, dann sind es 3,652 Milliarden. Rundet man ordentlich, dann kommt man auf 3,7 Milliarden. Mit den 2,43 Milliarden, die Sie schnell noch 2018 rausgenommen haben, entspricht das de facto einer Rücklagenentnahme von über 6 Milliarden Euro bis 2020, um die Wahlgeschenke zu finanzieren. Sie haben also etwa 6 Milliarden Euro aus der Rücklage genommen, ohne strukturell nachhaltige Verbesserungen zu schaffen, und das bei boomender Wirtschaft und sprudelnden Steuereinnahmen. Ich frage Sie: Was nehmen Sie sich eigentlich noch alles raus?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ja erklärt, Sie würden tilgen und alles sei grundsollide. Sie sagen, Sie tilgen in zwei Jahren eine Milliarde Euro. Jeder denkt, dass wir pro Jahr 500 Millionen Euro tilgen. Nein, das stimmt auch nicht! Im Jahr 2019 wird nämlich nur die Hälfte getilgt werden, nämlich 250 Millionen. Ansonsten wäre die Rechnung wieder nicht aufgegangen. Anders bekommen Sie es nämlich nicht hin. Der Haushaltsplan strotzt vor purer Verzweiflung. 250 Millionen Euro sind viel zu wenig, um 2030 fertig zu sein. Das ist viel zu wenig. Das ist die niedrigste Tilgung seit 2012.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die von Ihnen so gelobte Schuldentilgung ist sehr leicht zu demaskieren; denn sie ist eigentlich keine. Liebe FREIE WÄHLER, in Sachen Bilanzkosmetik haben Sie nun Erfahrung. Darum müssen Sie auch 700.000 Euro zurückzahlen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): O mei, o mei!)

Ich sage Ihnen: Die Schummelei ist schon bei Ihrem Staatsanleihenkauf und -verkauf nicht aufgegangen, und sie wird auch im Doppelhaushalt nicht aufgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihren Versprechungen haben Sie leichtfertig viele Möglichkeiten der Umschichtung zugunsten nachhaltiger, vorwärtsgewandter Politik für die Menschen verspielt. Das Schlimme ist, dass Sie so viel Geld gebunden haben. Mit den Wahlgeschenken wie Familiengeld, Landespflegegeld, Baukindergeld, Gebührenfreiheit usw. haben Sie das Geld nicht nur einmal ausgegeben, sondern die Ausgaben langfristig mit Gesetzen festgezurr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wahlgeschenke? Das ist Ihre Ideologie!)

Die Wahlgeschenke werden unseren Haushalt auf Jahre belasten, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja Quatsch!)

Dieser Haushaltsentwurf ist nicht nachhaltig, nicht vorausschauend und nicht generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei derart großen Wahlgeschenken mit hohen Summen wäre es anständig, wenigstens auf Ihre Fraktionsreserve in Höhe von 60 Millionen Euro zu verzichten. Ihr Spielgeld haben Sie nämlich diesmal schon vor der Wahl verbraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die restlichen zwei Minuten schenke ich Ihnen jetzt, damit Sie einmal sehen, wie Sparen geht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Hans Herold von der CSU das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich sprechen, aber erlauben Sie mir auch eine kurze Bemerkung zur Rede von Frau Köhler. Liebe Frau Köhler, wir arbeiten im Ausschuss relativ gut zusammen, aber ich gehe davon aus – nachdem Sie auch neu im Landtag sind –, dass Ihnen nicht bewusst ist,

(Zurufe von den GRÜNEN)

wie sich die Finanzsituation in Bayern im Unterschied zu anderen Bundesländern in Deutschland darstellt. Nur zum Vergleich:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wissen Sie, welche Schuldenlast Rot-Grün bis zum Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat? – 200 Milliarden Euro. Der Unterschied ist, in Bayern sind es 20 Milliarden Euro.

Wissen Sie, dass wir aufgrund einer guten Finanzpolitik eine Rücklage von über 6 Milliarden Euro aufgebaut haben? – Darauf sollten Sie auch einmal hinweisen, liebe Frau Köhler.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich ist gerade auch für uns Kommunalpolitiker eine sehr wichtige Angelegenheit. Ich bin selbst Kommunalpolitiker und stellvertretender Landrat in meinem Stimmkreis, und natürlich war es für uns vor Kurzem bei der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2019 sehr wichtig zu erkennen, dass auch im Jahr 2019 die Schlüsselzuweisungen und der kommunale Finanzausgleich sehr stark ausfallen. Ich denke, man kann ein Dankeschön

an die Staatsregierung, aber auch an unsere beiden Fraktionen – an die CSU-Fraktion und an die Fraktion der FREIEN WÄHLER – richten dafür, dass wir unsere Kommunen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von über 9 Milliarden Euro – fast 10 Milliarden Euro – auch im Jahr 2019 bestens ausstatten werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, damit schaffen wir eine der Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnisse sowie Zukunftschancen in ganz Bayern. Deswegen ein Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker – natürlich stellvertretend für die gesamte Staatsregierung – für diese wirklich sehr, sehr gute Leistung in diesem Bereich für unsere Kommunen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Anteil an den Gesamteinnahmen der Kommunen, der für freiwillige Aufgaben zur Verfügung steht, ist auf dem höchsten Stand seit der Finanzkrise. Mit konkret 9,97 Milliarden Euro können wir unseren Kommunen im Jahr 2019 so viel Geld – und ich betone das ausdrücklich – zur Verfügung stellen wie nie zuvor. Ich bin außerdem sehr dankbar, dass auch der Beschluss am 10. Januar 2019 mit unseren kommunalen Spitzenverbänden quasi einstimmig gefasst wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zehnjahresvergleich fällt auch dieses Mal für die Kommunen, wie ich meine, günstig aus. Zum Beispiel verzeichnen beim Anstieg der Steuereinnahmen vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2017 – logischerweise muss man die Zahlen letztendlich immer wieder gegenüberstellen – die Kommunen einen Zuwachs in Höhe von 42,4 %, während der Freistaat Bayern – wohlgermerkt nach Länderfinanzausgleich – einen Zuwachs in Höhe von 35,6 % verzeichnet.

Auch der Vergleich der Investitionsquote des Freistaates Bayern und der Kommunen zeigt in diesem Zehnjahreszeitraum, den ich soeben erwähnt habe, dass die bayrischen Kommunen weiterhin kraftvoll agieren können. Ich denke, das ist sehr wichtig; denn das sind natürlich auch wichtige Investitionen in die Zukunft, und dafür sorgt die-

ser kraftvolle kommunale Finanzausgleich im Jahr 2019, der – wie gesagt – im Regierungsentwurf mit rund 9,97 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau erreicht. Das heißt außerdem, dass wir eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2018 um insgesamt 4,6 % verzeichnen und auch die reinen Landesleistungen um 4,6 % auf immerhin 9,38 Milliarden Euro steigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, für uns als Kommunalpolitiker ist auch der Bereich der Schlüsselzuweisungen wichtig, und es ist natürlich immer wieder spannend, welche Schlüsselzuweisungen die jeweilige Kommune bekommt. Das heißt konkret: Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind die Schlüsselzuweisungen; das Volumen unserer Schlüsselzuweisungen beträgt im Jahr 2019 rund 3,9 Milliarden Euro. Das sind über 240 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018, was einer Steigerung in Höhe von immerhin 6,6 % entspricht.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Von den Schlüsselzuweisungen, Herr Kollege, profitieren vor allem unsere finanzschwächeren Gemeinden und die Landkreise. Ein ganz wichtiger Punkt ist für unsere Kommunen natürlich auch, dass diese Schlüsselzuweisungen frei und eigenverantwortlich verwendet werden können. Konkret heißt das: Die erneute deutliche Anhebung der Schlüsselzuweisungen stärkt insbesondere unsere kommunale Selbstverwaltung.

Ich will noch kurz einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, die ehemaligen – in Anführungszeichen – Bedarfszuweisungen oder sogenannten Stabilisierungshilfen. Die Mittel für diese Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von immerhin 150 Millionen Euro quasi gehalten werden. Das bedeutet, dass damit konsolidierungswillige Gemeinden und Landkreise mit Strukturschwäche – insbesondere im ländlichen Raum oder mit einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung – gezielt unterstützt werden, wenn sie sich in einer finanziellen Notlage befinden; dazu

könnte ich auch einige Beispiele aus meinem Stimmkreis aufzeigen. Das ist gerade auch in diesem Bereich eine sehr wichtige Hilfe für unsere Kommunen.

Ein weiterer Punkt im Bereich FAG sind die sogenannten kommunalen Investitionen – ein wichtiger Punkt gerade im Hinblick auf ein Thema, das momentan sehr aktuell ist, nämlich der Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro quasi auch in diesem Haushalt fortgeführt – ich denke, das ist ebenfalls eine sehr wichtige Botschaft. Dies ermöglicht zudem eine – in Anführungszeichen – schnellere Verwirklichung der anstehenden Bauvorhaben unserer bayerischen Krankenhäuser und ist, wie gesagt, ein Beitrag zum Erhalt der Krankenhäuser, insbesondere im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Im letzten Jahr sprach mein Kollege Bachhuber beim kommunalen Hochbau von der Fortführung auf dem hohen Niveau von 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel, liebe Kolleginnen und Kollegen, um weitere 50 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro erhöht, was einer Steigerung in Höhe von 10 % entspricht. Das hilft unseren Städten und Gemeinden insbesondere bei ihren wichtigen investiven Maßnahmen im Hinblick auf Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Für die Investitionspauschalen sind im FAG 2019 insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Die Gemeinden und Landkreise können diese Pauschalen eigenverantwortlich für Investitionen, Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen vorsehen.

Ich will beim FAG auch noch kurz etwas zum Bereich Verkehr sagen. Der Minister hat es vorhin angesprochen: Die Mittel für den Verkehr werden 2019 noch einmal deutlich erhöht. Das ist, denke ich, auch eine sehr wichtige Botschaft. Der Kommunalanteil am Kfz-Steuerverbund, Herr Kollege, wird um 2 Prozentpunkte auf 54,5 Prozentpunkte angehoben. Dadurch können die Mittel für die Straßenbauförderung nach Arti-

kel 13c Absatz 1 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes um insgesamt 31 Millionen Euro aufgestockt werden.

Ich möchte auch noch kurz das Thema der Straßenausbaubeiträge ansprechen. Zur Unterstützung der Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge sind im Jahr 2019, wie Sie wissen, insgesamt 100 Millionen Euro vorgesehen. Davon werden außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 65 Millionen Euro für Erstattungsleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz insbesondere für bereits fertiggestellte, aber auch für laufende Ausbaumaßnahmen bereitgestellt, für die Gemeinden aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine Beiträge mehr erheben werden können. Daneben werden weitere 35 Millionen Euro für die im kommunalen Finanzausgleich neu eingeführten Straßenausbaupauschalen eingesetzt. Diese erhalten im Jahr 2019 die Gemeinden, die Straßenausbaubeiträge als Finanzierungsquelle tatsächlich genutzt haben.

Vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein wichtiger Punkt: Ich begrüße, dass im Jahr 2019 außerhalb des FAG ein mit einmalig 50 Millionen Euro dotierter Härtefallfonds eingerichtet wird. Mit diesem sollen Härtefälle von beitragspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern abgedeckt werden, die seit dem 1. Januar 2014 Straßenausbaubeiträge oder Vorauszahlungen hierauf geleistet haben.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich auch gerade als Vertreter des ländlichen Raumes wichtig ist, ist der ÖPNV. Sie wissen – das ist auch vom Finanzminister Albert Füracker angesprochen worden –, dass die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV – ich betone das ausdrücklich – um 20 Millionen Euro bzw. um 27 % auf insgesamt 94 Millionen Euro erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachher sprechen noch die beiden Kollegen Herr Zellmeier und Herr König. Mein abschließendes Fazit lautet: Der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2019 beweist wirklich wieder sehr eindrücklich die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in

den letzten Jahren auch der kommunale Finanzausgleich immer wieder deutlich erhöht wurde. Das ist vorhin auch vom Finanzminister angesprochen worden. Von ungefähr 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2015 ist der Kommunale Finanzausgleich auf nunmehr fast 10 Milliarden Euro angehoben worden. Ich glaube, man sieht daran sehr deutlich, dass uns die Kommunen sehr, sehr wichtig sind. Ich denke, der Kommunale Finanzausgleich gibt unseren bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, somit können wir mit Stolz sagen: Wir statten unsere Kommunen weiterhin bestens aus. Ich glaube, hier sind wir gemeinsam weiterhin auf einem sehr guten Weg. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz zu Beginn meiner Ausführungen zunächst einmal Danke sagen. Ich möchte all den Menschen in Bayern Danke sagen, die uns durch ihren Fleiß und ihre Arbeit dazu befähigen und in die Lage versetzen, so viel Geld ausgeben zu können. Wir haben wieder einmal Rekordeinnahmen. Das verdanken wir den Steuerzahlern, den Unternehmern, den Arbeitnehmern – den Menschen, die uns nach harter Arbeit einen Teil ihres Verdienstes abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage das bei jeder Haushaltsrede: Haushaltspolitik ist eine Frage der richtigen Schwerpunktsetzung. Da ist es völlig unangemessen, wenn von Geschenken die Rede ist. Denn dadurch zeigen Sie mangelnde Wertschätzung denen gegenüber, die wir für wichtig halten.

(Alexander König (CSU): Ihr wahres Gesicht zeigen Sie!)

Wir sagen nicht, dass Ihre Vorstellungen abwegig, absurd oder falsch seien. Wir setzen andere Schwerpunkte. Ich bitte, das auch zu respektieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Akzente zu setzen und Schwerpunkte zu setzen, heißt auch, ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftsbild zu verwirklichen. Ich sage es ganz deutlich: Wenn wir dauerhaft Rekordsteuereinnahmen haben wollen, dann fallen die nicht vom Himmel, sondern dazu müssen wir aktive Wirtschaftspolitik betreiben.

(Alexander König (CSU): Guter Hinweis!)

Wir müssen dazu auch an diejenigen denken, die diese Steuern ermöglichen. Das heißt – ich spreche hier durchaus den Bund an –, wir müssen diejenigen, die jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen produzieren, auch belohnen, anstatt sie durch kalte Progression zu bestrafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr richtig! – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir haben in diesem Haushalt deswegen auch einen Akzent gesetzt. Der Haushalt unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger ist einer derjenigen, der am deutlichsten wächst. Warum wächst er am deutlichsten? – Weil wir das Land der Innovation sind und auch bleiben wollen; weil wir als Freistaat Bayern den anderen eben die Nase Länge voraus sein wollen, damit es uns auch weiterhin etwas besser geht als den anderen und damit wir auch weiterhin die Möglichkeit haben, für die Menschen in Bayern gute Politik machen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich spreche da einen Punkt an: Bayern lebt nicht zuletzt gut, weil wir starke Automobilkonzerne haben. Ich danke da unseren beiden Ministern Hubert Aiwanger und Thors-

ten Glauber, dass sie nicht blindwütig in das Bashing von Automobilkonzernen einsteigen und das Spiel des Abmahnvereins Deutsche Umwelthilfe nicht mitspielen, sondern dass sie sich seriös und stark für die heimischen Arbeitsplätze einsetzen. Das ist wichtig, das sichert Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir setzen einen weiteren Akzent. Wir FREIEN WÄHLER haben immer die gleichwertigen Lebensverhältnisse als unser wichtigstes politisches Ziel definiert. Dieser Haushalt trägt ganz deutlich auch unsere Handschrift. Ich sage es im Hinblick auf die Kommunen, die natürlich das umsetzen müssen, was wir hier beschließen – und zwar in der Fläche, nicht nur in der Landeshauptstadt München, in Nürnberg oder in der dritten Metropole, in Augsburg, nein: In allen Gemeinden dieses Freistaats muss das, was wir hier politisch beschließen, ankommen. Das wiederum bedeutet: Wir müssen unsere Kommunen stärken – und das tun wir auch.

Ich war da schon sehr überrascht über die Wortmeldung der GRÜNEN. Diejenigen, die schon länger in diesem Haus sind, wissen, wie polemisch gerade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN speziell über die FREIEN WÄHLER hergefallen ist, weil wir 15 % Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen gefordert haben. Wir müssen das nicht mehr fordern, weil der Finanzminister heute dankenswerterweise erklärt hat, dass die 800 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bei den Kommunen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich erinnern: Unsere Anträge, auf 15 % zu gehen, kosteten etwa 650 Millionen. Das heißt, wir sind jetzt auf Kurs. Wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Fast hellseherisch richtig!)

Wir kümmern uns auch um die Menschen in den Gemeinden, und zwar nicht nur um die sozial Schwachen, nicht nur um die, die am Rand der Gesellschaft stehen. Natur-

lich müssen wir uns um die kümmern, aber das darf nicht alles sein. Wir müssen uns auch um die Mitte der Gesellschaft kümmern. Das unterscheidet uns von anderen Gruppierungen hier im Hohen Haus. Wir wollen auch diejenigen fördern, die mittlere Einkommen haben, die etwas gespart haben, die Vermögen gebildet haben. Wir haben, weil wir nicht der große Bundesgesetzgeber sind, der im Steuerrecht viel machen kann, deswegen gesagt: Die ungerechten Straßenausbaubeiträge und auch die ungerechten Beiträge zur erstmaligen Herstellung alter Straßen müssen weg, müssen der Vergangenheit angehören. Wir haben nicht nur angekündigt, wir haben geliefert – und zwar schon in der Opposition. Von daher kann man sagen: Auch in der Opposition kann man handeln und muss nicht nur reden. Wir haben es bewiesen, damals in der Opposition und heute in der Regierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin unserem Koalitionspartner gerade in diesem Punkt sehr dankbar. Ich weiß, das war ein nicht ganz einfacher Diskussionsprozess, bei dem nicht alle von euch glücklich waren. Aber es zeigt Größe, wenn man sich dann auf einen gemeinsamen Weg verständigt hat, dass dieser Weg vom Partner dann auch geradlinig mitgegangen wird. Es zeigt Größe, dass nicht Versuche unternommen werden, nach links oder nach rechts auszuweichen. Nein, das ist Verlässlichkeit, das ist gute Partnerschaft. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau! Verlässliche CSU-Politik!)

Und dann höre ich von der Kollegin, wir würden Geld mit der Gießkanne verteilen. Ich weiß nicht, wie sie sich das vorstellt. Rein bildlich gesehen ist der Vergleich äußerst misslungen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wir gießen nicht Geld mit der Gießkanne aus. Wir fördern das, was wir für richtig halten, nämlich Familien. Wir haben deswegen auf das Familiengeld der CSU noch die kostenfreie Kindertagesstätte draufgesetzt. Ich muss sagen, dass ausgerechnet da vonseiten der GRÜNEN Kritik kommt, wundert mich denn doch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die sind ja auch gegen Klimaschutz!)

Aber das passt ins Bild: Draußen für Klimaschutz demonstrieren und hier gegen den Klimaschutz abstimmen,

(Alexander König (CSU): Genau!)

draußen für Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf predigen, hier aber uns kritisieren, weil wir die Kindertagesstätten kostenfrei machen. Das passt ins Bild! Glaubwürdigkeit ist etwas anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Eine gespaltene Zunge ist das bei den GRÜNEN!)

Wir haben sehr viel für gleichwertige Lebensverhältnisse im Haushalt verankert. Ich sage es hier ganz deutlich: Bei der CSU-Fraktion hat schon in der letzten Legislaturperiode ein Umdenken stattgefunden. Dieses Umdenken wird jetzt durch die FREIEN WÄHLER verstärkt. Wir haben die gleichwertigen Lebensverhältnisse ganz oben hingeschrieben. Die Erreichung dieses Ziels macht den gesamten Freistaat besser, weil in den Regionen die Potenziale liegen, die wir noch heben können und heben müssen. Der Finanzminister hat die Investitionen in Glasfaser angesprochen. Ich ergänze: Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, und zwar nicht nur in die Schiene, sondern auch in die Straßen. Wenn Sie nämlich von Markt Wald nach Kötzing im Bayerischen Wald fahren wollen, fahren Sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln länger als von München nach Moskau.

(Alexander König (CSU): Erstaunliche Ortskenntnisse für einen Schwaben!)

Deswegen brauchen wir im ländlichen Raum auch ein gutes Straßennetz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Beleg für eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum ist das, was die Staatsregierung seit vielen Jahren schon vorbildlich für die Hochschulen macht. Wir haben nicht nur in den großen Städten Universitäten und Fachhochschulen. Nein, wir sind auch in der Fläche präsent, und das sichert uns einen Vorteil auf dem Feld von Bildung und Hochschulen, einem ganz wichtigen Zukunftsfeld für die Aufrechterhaltung unserer Spitzenstellung in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unser Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo hat tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr durchgesetzt. Tausend Lehrerstellen pro Jahr mehr sind die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unseres Staates. Tausend Lehrerstellen mehr sind ein wuchtiger Aufschlag. Frau Kollegin, Sie vergeuden Ihre Zeit damit, uns vorzurechnen, dass die eine Milliarde, die in den zwei Jahren getilgt wird, nicht auf sozialistische Weise zu 500 und 500 Millionen, sondern zu 250 und 750 Millionen getilgt wird. Deshalb frage ich Sie: Haben Sie keine anderen Probleme?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vorhin hat der Kollege Mang in einer Zwischenbemerkung geäußert, in Wirklichkeit hätten wir eine Unterdeckung in Höhe von 3,1 Millionen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Milliarden!)

– 3,1 Milliarden Unterdeckung! Ich wollte nur testen, ob Sie da hinten zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu möchte ich nur sagen: Warten wir es einmal ab. Das ist ein Haushaltsplan. Der Finanzminister hat völlig recht, wenn er diesen Plan vorsichtig aufstellt. Was die Haushaltsrechnung am Ende ergeben wird, werden wir sehen. Wir werden sehen, ob wir überhaupt eine Entnahme aus der Rücklage brauchen. Das werden die kommenden Monate und die kommenden Jahre zeigen. Verwechseln Sie aber bitte nicht den Haushaltsplan mit dem Haushaltsvollzug. So weit sind wir noch nicht. Die Entnahme aus der Rücklage ist nur geplant, das ist vorsichtige Haushaltsplanung. Wie viel wir am Ende entnehmen müssen, wird sich zeigen.

Ein wichtiger Punkt für unsere Gesellschaft in den Metropolen, aber auch in den Regionen war und ist die innere Sicherheit. Es ist sehr gut und richtig, dass wir dafür ebenfalls ein deutliches Signal setzen und deutlich mehr Polizeibeamte in Lohn und Brot nehmen. Das ist wichtig.

(Alexander König (CSU): So viel wie noch nie!)

Ich weiß schon, was Sie jetzt sagen werden. Natürlich ist es richtig, dass die Bevölkerung des Freistaates Bayern zugenommen hat. Keine Frage! Trotzdem haben wir jetzt pro Einwohner mehr Polizeibeamte als je zuvor. Das ist richtig, wichtig und notwendig zur Aufrechterhaltung unserer inneren Sicherheit in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf noch einmal auf das Thema zurückkommen, zu dem es in den letzten Tagen und Wochen durchaus etwas erregtere Kommentare gegeben hat, auf das Thema Straßenausbau und Straßenersterschließung. Wir haben dafür eine in sich schlüssige und gute Lösung gefunden. Sie von der Opposition sind der Meinung, dass Anlieger bezahlen sollen. Einverstanden, das kann man so sehen. Es muss aber Unterschiede geben, und die müssen draußen auch deutlich werden. Die Anlieger müssen das wissen. Vielleicht müssen es aber auch diejenigen wissen, die davon nicht betroffen sind. Ich habe überhaupt kein Problem damit. Wenn man aber etwas vorlegt und sagt, wir werden liefern, wir werden die Kommunen entlasten, wenn dann der Bayerische Ge-

meindetag die Ausfälle bei den Strabs auf 100 Millionen beziffert, wie er das am Anfang der Diskussion um die Jahreswende 2017/2018 getan hat, und wenn wir dann diesen Vorgaben entsprechend im Haushalt ab 2020 150 Millionen vorsehen und sagen, dass damit auch die Ersterschließung alter Straßen abgegolten ist, dann haben wir sehr konsequent gehandelt. Dann kann uns keiner vorwerfen, wir seien nicht kommunalfreundlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Sehr richtig!)

Ganz nebenbei: Verlautbarungen des Städtetages und des Gemeindetages repräsentieren bei Weitem nicht 100 % der Mitglieder und 100 % der Bürgermeister. Falsch ist zumindest auch das, was Sie zu den Strebs sagen. Zu den Strebs kann ich Ihnen nur eines sagen: Bei der Anhörung von Städtetag und Gemeindetag kam kein Ton, wir bräuchten mehr Geld. Nein, da kam ein Bashing unserer Vorschläge, die Bürger zu entlasten. Wer so sein Thema verfehlt, muss sich nicht wundern, wenn er am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen jetzt in einem Gesetz klar, dass die Kommunen bis 2020/2021 jegliche Freiheit haben, wie sie mit den alten Straßen umgehen. Damit haben wir die Hilferufe berücksichtigt, die von der kommunalen Ebene kamen. Die kommunale Ebene hat doch gerufen: Wir wissen nicht, ob wir müssen oder nicht müssen. Manche haben ganz ängstlich gesagt, das könnte Untreue sein. Ich weiß bisher von keinem einzigen Verfahren, das in Bayern eingeleitet worden wäre. Sie haben sich aber davor gefürchtet, etwas falsch zu machen.

Daraufhin hat der Innenminister einen Brief geschrieben. Das hätte früher ausgereicht. Inzwischen gibt es aber ein paar besonders ängstliche Kommunen, die dem Innenminister nicht geglaubt haben, obwohl der Innenminister ihr höchster Chef und ihre höchste Aufsichtsbehörde und noch dazu ein herausragend guter Jurist ist. Ich verste-

he nicht, warum man dem Innenminister nicht glaubt. Deshalb haben wir gesagt, wir machen noch ein Gesetz dazu, damit alles ganz wasserdicht ist. Jetzt haben wir einen Gesetzentwurf angekündigt, und das ist einigen dieser Herrschaften auch wieder nicht recht. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir denken an die Bürger, wir denken an die Kommunen, wir handeln stringent und konsequent, und wir haben das auch in diesem Punkt bewiesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleichwertige Lebensverhältnisse, eine starke Wirtschaft sowie Investitionen in Familien, in die Mitte der Gesellschaft, in gute Bildung und in die Zukunftsfähigkeit der Menschen, das ist die Handschrift der FREIEN WÄHLER. Ganz zum Schluss sage ich noch etwas: Selbst wenn es sich hier um scheinbar kleine Maßnahmen handelt, sind wir aber dort, wo die Probleme sind. Wir erkennen die Probleme, und wir lösen sie. Ich weiß, wie Hubert Aiwanger sich als einsamer Rufer in der Wüste für die Hebammen stark gemacht hat. Dazu war am Anfang wenig Zustimmung zu hören. Wir haben es geschafft, das gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die Hebammen haben wieder eine Zukunft! – Das finde ich schön, das finde ich großartig. Natürlich ist es nicht damit zu vergleichen, tausend neue Lehrerstellen zu schaffen. Für die Hebammen ist es aber wichtig, und auch für die Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen für eine Kultur der Gemeinsamkeit. Wir haben ein klares Gesellschaftsbild, ein Gesellschaftsbild, das nicht unterscheidet zwischen Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die zu uns kommen. Deswegen haben wir,

(Zuruf von der AfD)

anders als alle anderen Bundesländer, unsere Hausaufgaben bei der Integration gemacht. Diejenigen, die das umsetzen müssen, die haben einen besonderen Dank verdient. Wenn wir Geld bereitstellen, wenn wir Manpower bereitstellen, dann heißt das

noch lange nicht, dass wir damit Erfolg haben. Ich bin sehr froh und sehr zufrieden, dass unsere Politik hier in Bayern handelt und nicht nur redet, wie bei der unseligen Debatte über dieses Integrationsgesetz, die uns über zwanzig Stunden in diesem Hohen Haus gefangen gehalten hat. Eine Debatte über zwanzig Stunden, im Ergebnis um nichts. Wichtig ist, was bei den Menschen ankommt. Ich glaube, die Politik der Bayerischen Staatsregierung, die Politik der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER als derjenigen, die die Staatsregierung tragen, kommt an.

Meine letzte Bemerkung an Sie: Es ist deswegen völlig lächerlich, von Fraktionsreserve oder von Spielgeld zu sprechen. Wir haben, gemeinsam mit der Staatsregierung, einen Haushalt vorbesprochen. Der Finanzminister hat ihn eingebracht. Ich kann nur wirklich sagen, Herr Finanzminister: großes Lob. Es ist Ihr erster Doppelhaushalt, und es ist vielleicht nicht ganz einfach, wenn der Ministerpräsident der Vorgänger ist. Das ist auch nicht alltäglich. Hervorragend gemacht. Wir werden ihn intensiv beraten, und ich kann jetzt schon sagen: Der Entwurf ist gelungen, er bringt Bayern nach vorn.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Trotz sinkender Löhne hat der Freistaat erneut einen Steuerrekord verbucht: 125 Milliarden Euro von fleißigen Arbeitern und tüchtigen Unternehmern. Wir haben diesen Bürgern zu danken, die heutzutage viel zu oft in Schweiß und Tränen ihr karges Brot erwerben und dafür Rekordsteuern zahlen. Ich danke auch den Beamten, die besonders in Bayern das Unternehmertum fördern, stets mit Rat und Tat kleinen Unternehmern zur Seite stehen und diese durch den Dschungel Hunderttausender EU-Normen führen. Diese Schaffenskraft ist Grundlage für den Staatshaushalt. Wenn man wissen möchte, welche politischen Schwerpunkte die Regierung in den nächsten

Jahren setzen möchte, ist der Haushaltsplan der Schlüssel hierzu. Der Haushaltsplan ist vergleichbar mit einem Bauplan, den ein Architekt entwirft, um das spätere Gebäude zu erbauen.

Heute wird auch das Finanzausgleichsänderungsgesetz besprochen. Dieses Gesetz ist dementsprechend die Finanzierungszusage. Das, was man erbauen möchte, muss auch bezahlt werden. Hier sehen wir keine formellen Fehler. Kommen wir also zum Gebäudeplan, dem Haushalt, zurück.

Am Wochenende kontaktierten mich Bürger, wieso wir laut dem BR und anderen Medien den geplanten Fraktionszuschusserhöhungen zugestimmt hätten. Die Fraktionen sollen also mehr Geld bekommen. Ich habe es selbst gelesen: Bis auf die FDP hätten alle anderen Fraktionen einer Erhöhung der Fraktionszuschüsse zugestimmt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für euch!)

Das ist eine Falschmeldung! Die AfD hat nicht zugestimmt und lehnt dieses Vorhaben als Selbstbedienungsladen-Mentalität selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Wenn der BR und diese Medien, die diese Fake News verbreitet haben, noch einen Restfunken Anstand besitzen, dann sollten sie ihre Meldung zumindest heute richtigstellen.

Zum Hintergrund: Die AfD konnte gar nicht zustimmen, denn dieser Vorschlag stammt aus dem Präsidium und wurde auch von selbigem beschlossen. Die AfD-Fraktion ist aber in diesem Gremium nicht vertreten, da man uns unter Missachtung der demokratischen Spielregeln die Position des Vizekanzlers verweigert. Und an dieser Stelle spreche ich auch die verweigerten Plätze im Parlamentarischem Kontrollgremium und in der Akademie für Politische Bildung an.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist doch logisch, oder?)

Diese Institutionen stehen nicht mehr unter vollständiger demokratischer Kontrolle, wie es die Gesetze unserer Demokratie vorsehen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben aber den Parlamentarischen Geschäftsführer, der Sie informiert hat!)

Denn auch dort verweigert man uns den Zugang zu diesen Gremien. Da man uns die parlamentarische Kontrolle verweigert, die uns der Rechtsstaat zuweist, habe ich Bedenken, ob wir den dort geplanten Mittelverwendungen zustimmen.

Und noch etwas: Wer der Opposition den gesetzlich vorgesehenen Zugang zu Institutionen verweigert und damit der parlamentarischen Kontrollrechte beraubt, setzt die Axt an die Grundfesten der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Ich warne Sie: Das sind die Wegmarken des Faschismus!

(Beifall bei der AfD – Lachen und Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da redet der Richtige!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, diesen Begriff zurückzuziehen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Peinlicher geht es nicht mehr! – Unruhe)

Ferdinand Mang (AfD): Nun, nachdem wir die Pfründe des Parlaments besichtigt haben, sehen wir doch mal, was für die Bevölkerung übrig bleibt. Die Regierung möchte die Wohnungsnot in Bayern beseitigen. Ein löbliches Vorhaben. Die Zahlen für den Doppelhaushalt sehen auf den ersten Blick auch nicht schlecht aus: Baukindergeld in Höhe von 75 Millionen Euro, Eigenheimzulage in Höhe von 300 Millionen Euro. Dann gibt es noch Zuschüsse vom Bund für Darlehen und Zuschüsse von knapp

280 Millionen Euro. Insgesamt sollen es laut der CSU-Heimpostille "Bayernkurier" 2 Milliarden Euro sein. Doch eines fällt auf: Diese letztgenannten Zuschüsse wurden bereits 2017 gewährt, abgerufen wurden nicht einmal 30 Millionen Euro. Das heißt, es werden Mittel bereitgestellt, die zum Großteil nicht abgerufen werden. Das heißt nichts anderes als Folgendes: Der Architekt plant für ein Mehrfamilienhaus zehn Garagen, aber nur eine Familie kann sich ein Auto leisten. Die übrigen Garagen bleiben leer. Dasselbe Schicksal droht auch dem Baukindergeld und der Eigenheimzulage. Das ist auch logisch erklärbar. Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren derart gestiegen, dass trotz Zuschüssen und vergünstigten Darlehen der Traum von den eigenen vier Wänden für viele Bürger ein Traum bleiben wird. Sie können sich die Preise einfach nicht leisten. Gerade bei Neubauten schlägt der Staat an jeder Stelle zu. Vom Aushub bis zum letzten Ziegel, überall kassiert der Staat kräftig ab. Allein die von Grundstückserwerbern zu zahlende Grunderwerbsteuer wird voraussichtlich 4 Milliarden Euro betragen. Das ist das Doppelte von dem, was der Staat angeblich für die geplante Wohnraumförderung den Bürgern zurückgeben möchte. Die Ursachen sind offensichtlich, werden aber ignoriert. Seit 2015 ist der Freistaat in Bayern für die Unterbringung von rund 200.000 Flüchtlingen verantwortlich. Er hat das Problem auf den Privatmarkt verschoben, indem er auf dem privaten Immobilienmarkt Wohnungen zum Teil für Mondpreise angemietet hat. Dieser Wohnraum ist den übrigen Bürgern entzogen, und damit ist der Staat für die Preissteigerung auf dem Immobilienmarkt mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Damit wir uns richtig verstehen, wir machen für diese Situation nicht die Menschen verantwortlich, die zum großen Teil mit falschen Erwartungen in unser Land gekommen sind bzw., man muss schon fast sagen, gelockt wurden. Die Verantwortung tragen die Politiker, die diese Migrationspolitik veranlasst haben und nach wie vor aufrechterhalten. Monat für Monat wandert eine Kleinstadt bei uns ein.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Diese Menschen benötigen Wohnraum. Die Baubranche ist aber bereits bis zum Anschlag ausgelastet. Das heißt, die Immobilienpreise werden weiterhin unerschwinglich bleiben, und der Wohnungsnot können diese Programme nicht abhelfen. Würde die Bayerische Staatsregierung sich endlich dazu durchringen, die Grenzen zu sichern oder zumindest konsequent die Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge durchsetzen, würden einerseits Kosten und Wohnungsnot sinken, und das wäre andererseits ein Signal für zukünftige Einwanderer.

Zudem halte ich es für unchristlich, Ausreisepflichtige ständig in dem bangen Zustand zwischen Hoffen und Angst vor der Abschiebung zu halten. Die meist jungen Männer werden auch in ihren Herkunftsländern für den Wiederaufbau dringend benötigt. In diesem Zusammenhang halte ich die Begründung, diese Menschen wegen Fachkräftemangels bei uns zu behalten, für neokapitalistischen Darwinismus. Die gut Brauchbaren, die dürfen bei uns zum Lohndumping bleiben. Aber die für die Wirtschaft Unbrauchbaren, ja die, die dürfen in den Herkunftsländern verhungern. – Eine solche Einwanderungspolitik ist unmenschlich und steht nicht für die Werte unseres christlichen Abendlandes.

(Beifall bei der AfD)

Eine weitere Alternative wäre die Förderung von – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, darf ich Sie zur Sache rufen? Wir haben hier eine Haushaltsdebatte. Es gibt einen Haushaltsentwurf der Staatsregierung. Bitte sprechen Sie zur Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ferdinand Mang (AfD): Ja, ich arbeite das Punkt für Punkt ab. – Eine weitere Alternative wäre die Förderung von Genossenschaften, die nicht profitorientiert arbeiten und schon vielen Bürgern in Bayern bezahlbaren Wohnraum ermöglicht haben. Da ist es für mich absolut unverständlich, dass gerade die Zuschüsse für das kommunale

Wohnraumförderungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum für einkommensschwächere Haushalte gestrichen wurden. Wo bleiben die 500.000 Sozialwohnungen, die versprochen wurden? – Tja, bei einem solchen Programm ist wohl der Profit für die Spezien aus der Immobilienwirtschaft nicht groß genug.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Damit möchte ich eine zweite Ursache der Wohnungsnot ansprechen. Infolge der EU-Krise ist das Kapital aus den Südländern abgeflossen und hat sich in das sogenannte Betongold geflüchtet.

(Sandro Kirchner (CSU): Freie Rede!)

Auch hier hat sich die AfD-Kritik an der EU bewahrheitet. Viele Mietwohnungen oder Wohnungen einkommensschwächerer Haushalte wurden entmietet oder aufgekauft und zu Luxuswohnungen umgebaut – im Fachjargon heißt das "saniert" –, um diese neu gewonnenen Luxuswohnungen dann an internationale Spekulanten zu verschern. Die neuen Eigentümer sind unter anderem vielleicht so geschätzte Demokraten wie zum Beispiel saudische Prinzen, die die Wohnung für gelegentliche Wochenend-Shoppingtrips in der Maximilianstraße nutzen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Thema! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Freie Rede hier, nicht irgendetwas ablesen, was andere aufschreiben!)

– Ich bin beim Thema. – Das Beispiel London zeigt, dass Wohnungen überhaupt nicht mehr vermietet oder bewohnt werden, weil unbewohnte Wohnungen einen höheren Wert haben und damit begehrtere Spekulationsobjekte sind. Die zweite Ursache der Wohnungsnot liegt also im ungehemmten Raubtierkapitalismus auf dem Wohnungsmarkt. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, muss die Regierung etwas für den Bestandsschutz tun und sollte die Gründung und Weiterentwicklung von Genossenschaften fördern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie den Haushalt eigentlich gelesen?)

Stattdessen möchte die Regierung zu den Sternen greifen. Bavaria One wurde mit 700 Millionen Euro für die nächsten zehn Jahre angekündigt. Diese Mittel sind in der Höhe nicht zu finden. Da hat jemand anscheinend eine schillernde Luftblase geblasen. Außer warmer Luft ist wohl nichts vorhanden.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie hoch sind sie denn?)

Doch benötigen wir zukunftsweisende Technologien. Allerdings sind diese nicht in den Weiten des Weltraums zu finden, sondern sie zeichnen sich hier auf der Erde ab.

(Zuruf von der CSU: Das hängt doch miteinander zusammen! – Thomas Huber (CSU): Den Zusammenhang verstehen Sie nicht!)

Die Stichworte sind "Robotik" und "Automatisierung". Die Japaner investieren Milliarden in die Forschung zu Robotik und Automatisierung. Der japanische Pflegeroboter ist keine ferne Zukunftsmusik, sondern existiert bereits. Die Automatisierung kann die Pflege erleichtern und ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Die Automatisierung wird in Zukunft viele Fachkräfte entlasten oder gar entbehrlich machen. Während in Bayern KUKA verkauft wurde, die Automatisierung also den Chinesen überlassen wird, träumt die Landesregierung von einem Raumfahrtprogramm. Wir fordern daher, die einheimischen Schlüsselindustrien, die von feindlichen Übernahmen aus dem Ausland bedroht sind, zum Beispiel in Form von staatlichen Beteiligungen zu schützen.

Wir waren beim Thema Pflege stehen geblieben. Die Landesregierung plant, für das Landespflegegeld Mittel in Höhe von 748 Millionen Euro bereitzustellen. Das sind für jeden Menschen ab Pflegegrad 2 pro Jahr 1.000 Euro zusätzlich. Das reicht bei Weitem nicht aus, um die Kosten im Bedarfsfall abzudecken. Betroffene verlieren, auch wenn sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, Haus und Hof, und das für die Kinder angesparte Erbe geht verloren. Das ist schlicht und ergreifend ungerecht. Da versagt der Sozialstaat. Dabei muss doch die Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen deutlich verbessert werden. Mit diesem Haushaltsentwurf sehe ich bei diesem

Punkt tiefschwarz. Die Lösung liegt, wie vorhin schon skizziert, im Schutz von Zukunftstechnologien und zuletzt in der Aufwertung der Pflegeberufe.

Wenn wir schon bei dem Thema Zukunftstechnologien sind, lege ich Ihnen ans Herz, sich mit der neuen Technologie des Dual-Fluid-Reaktors auseinanderzusetzen. Die herkömmlichen Kernkraftwerke, insbesondere die sogenannten Leichtwasserreaktoren, verbrennen nur maximal 5 % des Brennstoffes. Der Hintergrund der ineffizienten Technologie lag im Kalten Krieg. Die Atomkraftwerke dienten als Munitionsfabriken, um unter anderem Uranmunition herzustellen. Diese Munition haben die USA im Namen unserer westlichen Wertegemeinschaft auch großzügig zum Beispiel im Irak und zuletzt in Syrien eingesetzt. Seitdem kommen im Irak viele missgebildete Kinder zur Welt, und dort steigt die Zahl der Krebserkrankungen dramatisch an. Dieser Umstand wird freilich wenig kritisiert.

Zurück zum Thema.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das wäre gut, ja!)

Dual-Fluid-Reaktoren sind Kernkrafttechnologien der vierten Generation. Im Gegensatz zu den bisherigen Kernkraftwerken wird in ihnen fast der gesamte Brennstoff verbrannt. Die wenigen Reste klingen in 300 Jahren ab. Endlagerstätten sind nicht mehr notwendig, im Gegenteil: Die bisherigen Endlagerstätten wären die Vorratslager dieser neuen Generation von Kernkraftwerken, und alles könnte abgebaut werden.

Das Beste ist: Es besteht kein Risiko einer Kernschmelze wie bei den herkömmlichen Kernkraftwerken. Die Energiegewinnung wäre extrem kostengünstig. Die Stromkosten würden für die Haushalte deutlich sinken. Die damit günstige Herstellung von synthetischem Benzin und Hydrazin wäre der Schlüssel, um endlich unabhängiger vom Erdöl zu werden. Wir könnten unsere Autoindustrie schützen und weiterhin Verbrennungsmotoren bauen, deren Abgase Stickstoff und Wasserdampf wären. Selbst die GRÜNEN könnten nichts dagegen einwenden. Die Technologie ist CO₂-frei, also klimaneutral, um hier im Duktus dieser neuen religiösen Irrlehre zu sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Technologien sind da, die Patente dafür sind deutsch. Ich bitte Sie inständig: Hören Sie einmal nicht auf Ihre Lobbyisten! Beschäftigen Sie sich mit diesem Thema, und nutzen Sie diese historische Chance!

Nach diesem Höhenflug steigen wir in eine sehr dunkle Ecke des Haushaltsplans hinab. Für die Jugendförderung werden Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Davon entfallen knapp 11 Millionen Euro, in genauen Zahlen 10,95 Millionen Euro, auf die Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings. Eine weitere Aufschlüsselung erfolgt nicht. Wir halten fest: Der Bayerische Jugendring erhält mindestens circa 11 Millionen Euro, wenn nicht sogar mehr. Wer ist denn dieser Bayerische Jugendring? – Der Name hört sich ja ganz freundlich an, und Jugendarbeit ist ja friedlich und sozial. Der Bayerische Jugendring besteht nach seiner eigenen Darstellung im Internet unter anderem aus 35 landesweiten Jugendverbänden. Darunter finden sich Namen wie die DITIP Jugend und ein bekannter Förderer der Antifa, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, und viele mehr.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unglaublich!)

Wir können damit direkt nachweisen, dass Staatsgelder über den Umweg der Jugendförderung quasi getarnt zur Unterstützung der Antifa verwendet werden sollen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist unbeschreiblich geschmacklos!)

Zur Erinnerung: Die von der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Frau Schulze, geliebte Antifa ist eine kriminelle Organisation, die echte Hetzjagden auf Andersdenkende unternimmt und die eindeutig antisemitisch geprägt ist.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Hören Sie auf, es wird immer peinlicher! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unverschämtheit!)

Die Antifa sind bekennende Judenhasser und praktizierende Linksfaschisten.

(Zuruf von der CSU: Zum Thema!)

Überfälle, Bombenanschläge, Hetzjagden und antisemitische Straftaten sind ihre Handschrift.

Dass dieser wachsende Faschismus und Antisemitismus von links insbesondere von den mit Zwangsgebühren finanzierten Medien totgeschwiegen wird, ist die eine Sache. Dass aber dieser offene Faschismus und Antisemitismus nun auf Steuerzahlerkosten mit dem Segen von CSU und FREIEN WÄHLERN finanziert werden soll, meine Damen und Herren Abgeordnete, macht mich sprachlos.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da schaut man in den Abgrund der AfD, bei dieser Rede! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein neuer Höhepunkt, was Sie hier abliefern! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist kein Höhepunkt, sondern ein Tiefpunkt!)

Ich fasse zusammen: Wir sehen freilich gute Ansätze, aber auch Schattenseiten. So ist der Aufbau einer Grenzpolizei der richtige Schritt, den wir befürworten. Doch 500 Beamte werden bei Weitem nicht ausreichen, die nach wie vor offenen Grenzen zu schützen. Mag der Einsatz einer Bayerischen Grenzpolizei rechtlich nicht zulässig sein, der Schutz eines längeren Zaunes wäre es schon.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum wird nicht mit Förderungen für Niederlassungen im ländlichen Raum behoben werden. Aber Tausende von Anwärtern warten jedes Jahr vergeblich, zu einem Medizinstudium zugelassen zu werden.

Die sogenannte freie Hand des Marktes hat in vielen Bereichen bei der Globalisierung und den Monopolen versagt. Dort, wo der Raubtierkapitalismus die Oberhand gewinnt, muss der Staat schützend einschreiten.

Damit komme ich zum Ende.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): War Zeit!)

Die Politik der Masseneinwanderung ist nicht zukunftsfähig und verstößt gegen unsere christlichen Werte. Zukunftsfähig ist die Förderung von eigenen Fachkräften, von unseren Kindern. Der Haushalt muss ein Haushalt für die Zukunft Bayerns und für die bayerische Jugend sein. Die bayerischen Steuerzahler sind mit dem Rekordhaushalt imponierend in Vorleistung gegangen. Nun liegt es an uns, darin nicht nachzustehen. Also: Krempeln wir die Ärmel für Bayern hoch!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich hatte Sie vorhin aufgefordert, sich von einem Begriff zu distanzieren, den Sie verwendet haben. Sie haben das Wort "Faschismus" im Zusammenhang mit Verhalten im Bayerischen Landtag verwendet. Ich fordere Sie nun auf, sich von diesem Begriff zu distanzieren und sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ferdinand Mang (AfD): Ich habe gesagt, das sind die Wegmarken.

Unsere Demokratie ist nach unserer Ansicht wirklich in Gefahr;

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD
– Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich entschuldigen!)

denn wenn wir hier anfangen, parlamentarische Kontrollrechte einzuschränken, dann ist das ein Schritt, der in die falsche Richtung geht.

(Tobias Reiß (CSU): Sie sind die größten Gefährder!)

– Nein, das sind wir nicht.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist unmöglich! Das weise ich zurück!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich sehe nicht, dass Sie sich von diesem Begriff distanzieren haben. Ist das der Fall? –

(Andreas Winhart (AfD): Interpretieren Sie, was Sie wollen!)

Dann erteile ich Ihnen eine Rüge.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): Das war der Ritterschlag! – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man jetzt auch rügen! – Harald Güller (SPD): Das ist euer AfD-Demokratieverständnis, nicht unseres!)

– Sie wissen genau, dass weitere Rügen zu weiteren Konsequenzen führen. Wir werden dieses Instrument sehr sorgfältig verwenden. Wir überlegen uns sehr genau, wann wir dies tun. Es wird in diesem Haus mit Sorgfalt mit diesem Instrument umgegangen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Es gibt jetzt keine weiteren Zwischenrufe!

Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Missachtung der Verfassung!)

Herr Dr. Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Mang – und ich sage sehr bewusst "Herr Mang", weil mir nach Ihrer beispiellosen Aneinanderreihung von Entgleisungen das Wort "Kollege", ehrlich gesagt, sehr schwer über die Lippen geht –, Sie hatten zu Beginn Ihrer Ausführungen einen interfraktionellen Konsens moniert, nämlich denjenigen

zu der für unsere parlamentarische Demokratie unverzichtbaren Finanzierung der Fraktionen dieses Hohen Hauses. Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass die betreffende Entscheidung im Präsidium ohne Ihr Zutun gefallen ist. Ich will die Gelegenheit nutzen, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vorbereitung dieses Beschlusses unter Einbezug aller parlamentarischen Fraktionen und ohne den Widerspruch Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers stattgefunden hat. Weil Sie sich mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer offensichtlich nicht ausgetauscht haben, darf ich den Hinweis anfügen, weshalb es zu diesem Aufwuchs in der Finanzierung kam und insbesondere, wie er sich gestaltet.

Dieser Aufwuchs der Finanzierung ist hauptsächlich in der Tatsache begründet, dass dieses Hohe Haus zwei weitere Fraktionen bekommen hat, und eine Fraktion darunter, die größere Fraktion, ist Ihre Fraktion. 40 % der Mittel, knapp zwei Millionen Euro, landen bei Ihrer Fraktion. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Mang: Dürfen wir davon ausgehen, Ihre Ausführungen von soeben ernst nehmend, dass Ihre Fraktion auf diese parlamentarische Finanzierung verzichtet und dieses Geld in den Staatshaushalt zurückführt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oder müssen wir davon ausgehen, dass Sie zwar als Trittbrettfahrer, als die Quelle aller Fake News, mit geöffneten Armen diese Finanzierung gerne entgegennehmen, im Hintergrund dieser Finanzierung zustimmen und dann diese Bühne des Hohen Hauses missbrauchen, um die anderen Fraktionen für eine Regelung zu kritisieren, von der niemand stärker profitiert als Sie?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Schämt euch!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, was ist denn die Ursache dieser Finanzierung?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie!)

– Nein! Das sind nicht wir. – Ja, indirekt, weil Sie nämlich hier weiterhin – – Insbesondere trifft es nämlich hier auch die CSU und die SPD, die war auch sehr für diese Erhöhung, da eben hier noch weitere Pöstchen erhalten werden müssen. Das ist der Hintergrund dieser Erhöhung, und das kritisieren wir.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Opposition profitiert signifikant, stärker als die Regierungsfaktionen! Haben Sie das nicht verstanden? Zahlen Sie es zurück!)

Es geht nicht um die Notwendigkeit, es geht um den Hintergrund.

(Zurufe)

– Keine Zwiegespräche!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Sie haben das Wort.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Verzichten Sie!)

Ferdinand Mang (AfD): – Ich werde nicht für die Fraktion sprechen, ganz klar.

(Lebhafte Zurufe)

Wenn Mittel zugewendet werden, die uns zustehen – –

(Zuruf: Was ist das für eine Veranstaltung hier?)

– Jetzt passen Sie mal auf!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt doch!)

Sollen wir dann auf die Hälfte verzichten oder nur auf ein Viertel, um zu sparen?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zeigen Sie Ihr wahres Gesicht! Sagen Sie das den Menschen draußen!)

– Nein, ich werde nicht für die Fraktion sprechen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte senken wir den Geräuschpegel und geben wir Herrn Mang Gelegenheit, seine Rede fortzusetzen. – Sie haben noch 43 Sekunden.

Ferdinand Mang (AfD): Ich bin fertig, vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat Kollege Harald Güller von der SPD das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns jetzt, nach diesen Verunglimpfungen und verbalen Ausfällen, die nochmals das wahre Gesicht dieser Organisation, die sich selbst "Alternative" nennt, hier im Haus gezeigt haben, zu dem zurückkehren, worum es heute geht, nämlich zu dem Doppelhaushalt für den Freistaat Bayern und seine Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, nach den selbstgefälligen Reden des Herrn Finanzministers und auch des Vertreters der CSU und, in brutalster Geschwindigkeit gewandelt, auch des Vertreters der FREIEN WÄHLER – das hat letztes Jahr, Kollege Pohl, an dieser Stelle noch ganz, ganz anders geklungen, das ist atemberaubend, was ihr macht – ist es angebracht, noch mal klarzustellen, was eine Hauptaufgabe des Staatshaushalts ist. Hauptaufgabe für den Staatshaushalt ist es, genügend und kräftig in eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern zu investieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tun wir!)

Der Staatshaushalt ist kein Selbstzweck.

Für uns Sozialdemokraten ist eine klare Schwerpunktsetzung für einen sozialen und dabei ökologisch orientierten Haushalt notwendig, von dem die breite Masse der Menschen in Bayern profitiert,

(Dr. Ralph Müller (AfD): Vor allem Ihre Fraktion!)

und zwar in Städten und in ländlichen Gebieten.

Wir brauchen einen Haushalt, der die Zukunftsfähigkeit garantiert, und nicht einen Haushalt, wie er vorliegt, des Durchwurschtelns.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen von der Regierung ist an dieser Stelle nur die Umsetzung teurer Wahlversprechen per Gießkanne eingefallen, die Ihnen jetzt in der Gesamtschau des Haushalts, wie Sie ihn organisiert haben, auf die Füße fallen. Zumindest in dem von Ihnen vorgelegten Zahlenwerk ist nur wenig Freiraum für echte zielgerichtete Ausgaben in Form von Investitionen für eine gute Zukunft Bayerns zu sehen.

Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, ein durchdachter, planvoller Aufbruch in einen Investitionshaushalt sieht anders aus. Wo setzen Sie in diesem Haushalt Ihre sozialen und ökologischen Schwerpunkte? Ökologieschwerpunkte? – Fehlanzeige! Herr Ministerpräsident, Herr Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen, ein Runder Tisch zu einem Volksbegehren macht eben noch keine Wende in der Politik aus.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Sie die Möglichkeit haben zu handeln, im Haushalt, verweigern Sie zusätzliche Mittel für eine ökologische und umweltgerechte und klimaschutztechnisch gute Politik. Dort, wo Sie gefordert sind, liefern Sie nicht ab. Deswegen sagen wir Ihnen an

dieser Stelle: In den Verhandlungen bis zur Verabschiedung muss noch deutlich nachgelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind Ihre sozialen investiven Schwerpunkte? Sie verteilen Geld per Gießkanne. Eigenheimzulage, Baukindergeld, Landespflegegeld oder die hundert Euro pro Monat für den Besuch der Kita unterstützen den einzelnen Menschen in Bayern, die Familie, die Erziehenden finanziell. Das ist gut und schön; deswegen werden Sie von der SPD in den Beratungen des Doppelhaushalts hierzu keine Streichungsanträge finden. Aber diese Ausgaben mit Investitionen in die Zukunft Bayerns zu verwechseln, das ist Ihr großer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Wie schaffen Sie denn mit einem Landespflegegeld zusätzliche Plätze in der Pflege? Wie schaffen Sie denn mit einem Baukindergeld die Voraussetzungen dafür, dass man sich für dieses Geld überhaupt eine angemessene Wohnung in Bayern kaufen kann? Wo schaffen Sie denn mit Ihrem Beitrag von hundert Euro für die Kita die Voraussetzungen, dass es auch eine qualitativ gut ausgestattete Kita gibt, die auch die Plätze für die Kinder und bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten kann? – Das ist Ihr großer Fehler: Sie verwechseln Gießkanne mit Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD will zusätzlich direkte Investitionen in Pflegeeinrichtungen, in Pflegeberatung, in Qualität, Ausstattung und Öffnungszeiten von Kitas und ganz massiv auch im Wohnungsbau, und zwar im gebundenen und im bezahlbaren Bereich des Wohnungsbaus.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Harald Güller (SPD): Nein, das machen wir nachher. – Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionsprojekte sind umweltgerecht und sozial. Sie steigern damit die Lebensqualität aller Menschen in Bayern.

Wir schlagen erstens vor, kraftvoll in den öffentlichen Personennahverkehr und in den Schienenpersonennahverkehr zu investieren, ihn flächendeckender und leistungsfähiger zu machen. Das hilft den Menschen und der Umwelt wirklich, und zwar in Ballungsräumen genauso wie im ländlichen Raum. Mehr Bus-, Tram- und Bahnlinien mit einem dichteren Takt, günstigen Tarifen und modernen, flexiblen Fahrzeugen: Das bewegt die Menschen, den ÖPNV zu nutzen. Das ist ein Beitrag zu effektivem Umwelt- und Klimaschutz. Das entlastet zusätzlich auch unsere Innenstädte.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht nur abstrakt von Klimaschutz und Verfassungsänderungen reden, sondern konkrete Maßnahmen im Haushalt umsetzen. Wir haben gefordert, in diesem Bereich 250 Millionen Euro einzustellen. Wir werden Ihnen in unseren Änderungsanträgen nachweisen, dass das möglich ist, und zwar auf einem sinnvollen Weg, auf einem Weg, auf dem wir Klima und Mobilität nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, dass wir mittelfristig den Weg beschreiten müssen, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen. Schritte hierzu sind ein 365-Euro-Ticket, und zwar nicht nur in den drei Ballungsgebieten München, Nürnberg und Augsburg. Mögliche Beiträge könnten ein kostenloses Ticket für Auszubildende, für Schülerinnen und Schüler, für Studenten oder ein kostenloses Senienticket oder ein Sozialticket für finanziell Schwache sein.

Wir müssen uns in diesem Haushalt auf den Weg machen. Was Sie machen, sind reine Versprechungen. Wo ist die Umsetzung des 365-Euro-Tickets für München, Nürnberg und Augsburg im Haushalt? – Nirgends. Verbundförderung? – Die gibt es momentan nur für den Münchner Verkehrsverbund: Fünfmal 35 Millionen Euro. Das macht 175 Millionen Euro insgesamt. Wo ist die finanzielle Umsetzung in diesem

Haushalt? – Sie verschieben die Umsetzung auf das Jahr 2021 und später, statt die Versprechen des Ministerpräsidenten einzuhalten.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Volkshochschulen, für den es in der letzten Legislaturperiode sogar einen gemeinsamen Antrag des gesamten Hohen Hauses gegeben hat. Da geht es nicht um 175 Millionen Euro, da geht es nur um 5 Millionen Euro. Aber selbst da sind Sie zu knickrig, diese in den Haushalt einzustellen und zu dem zu stehen, was wir gemeinsam und einstimmig in diesem Haus beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir schlagen vor, was Klimaschutz und Umwelt direkt hilft: die Energieeffizienz in kommunalen und staatlichen Gebäuden zu stärken sowie eine bayerische Klima-Umtauschprämie für stromfressende Geräte für soziale Schichten, die sich die Anschaffung neuer Geräte sonst nicht leisten können. Wir schlagen vor, was uns Ihr Umweltminister im Haushaltsausschuss sogar schriftlich gegeben hat: Wir brauchen in den Landratsämtern und in den kreisfreien Städten eine dritte Fachkraft für den Naturschutz. Denn ansonsten ist der Naturschutz – so hat sich der Umweltminister ausgedrückt – ein Flaschenhals bei der Umsetzung der Ziele der Staatsregierung. Kolleginnen und Kollegen, wir helfen Ihnen dabei, diesen Flaschenhals zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir schlagen vor, Gelder in die Kinderbetreuung zu investieren, für eine moderne Familienpolitik, für beste Bildung von Anfang an. Nötig sind Investitionen in Anzahl und Qualität der Plätze sowie in Öffnungszeiten. Das Ziel muss sein, dass jede Familie einen passgenauen Kitaplatz in der Nähe ihres Wohnortes, oder, wenn gewünscht, in der Nähe des Arbeitsplatzes finden kann, und das zeitnah.

Viertens. Wir schlagen vor, die soziale Wohnraumförderung deutlich auszubauen und weitere Belegungsrechte zu sichern. Wir schlagen vor, die Sozialbindung von Woh-

nungen, die in den nächsten Jahren ausläuft, mit einem speziellen Programm zu verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, dass beim Thema Wohnungsbau, das natürlich auch flächensensibel ist, ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind, ist für uns selbstverständlich.

Fünftens. Wir schlagen vor, stärker in unsere kommunalen Krankenhäuser zu investieren, anstatt nur in Sonntagsreden zu beklagen, dass kleine Häuser derzeit nicht in der Lage sind, moderne Geräte zu kaufen und notwendige Investitionen vorzunehmen, und auch nicht dazu, die notwendigen Mittel im Haushalt vorzusehen, damit der drohende Investitionsstau in den nächsten Jahren abgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In keinem Land gibt es mehr Krankenhausförderung als in Bayern. Das sind 640 Millionen Euro im Haushalt! – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Sechstens. Wir schlagen vor, endlich wieder mehr in die Sanierung und in den Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen, in die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu investieren. Ein Landespflegegeld ist gut. Aber man muss auch wissen, in welche Einrichtung man gehen kann. Man braucht auch die entsprechende Beratung für sich selbst oder für Angehörige. Kolleginnen und Kollegen, da muss man in diesem Haushalt deutlich aufmörteln.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Ist das Landespflegegeld jetzt gut, oder nicht?)

Siebtens. Wir schlagen vor, mehr in Barrierefreiheit, zum Beispiel im Gesundheits- und Pflegebereich, an Bahnhöfen und Haltepunkten, zu investieren. Doch statt dies alles anzupacken – wohlgermerkt in konjunkturell noch hervorragenden Zeiten – versuchen Sie, das Trugbild eines ausgeglichenen Haushalts mit minimaler Schuldentilgung auf-

zubauen. So ist das auch im Bericht der Kabinettsitzung vom 12. Februar 2019 niedergeschrieben. Sie sprechen von einer angeblich soliden, generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik und von einem Staatshaushalt, der angeblich ohne Schulden auskommt.

Erstens. Was nützt es uns, wenn Sie ohne Schulden auskommen, wenn gleichzeitig unsere Straßen und Brücken, unsere öffentlichen Gebäude verlottern und die Kommunen nicht ausreichend Geld haben, um beispielsweise Schulbauten zu erhalten und den heutigen modernen Anforderungen anzupassen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben jedenfalls mehr als in SPD-regierten Ländern! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zweitens. Der Hinweis, der Staatshaushalt komme ohne neue Schulden und Schuldentilgung aus, zeigt die ganze Falschheit Ihrer vollmundigen Aussage.

(Zuruf von der CSU)

Das ist geradezu ein Offenbarungseid. Sie schaffen beides nicht: Sie schaffen weder Investitionen in die Zukunft, noch schaffen Sie eine Schuldentilgung. Die laufenden Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Sie haben keinen ausgeglichenen Haushalt. Sie tilgen aus der Rücklage. Durch die Entnahme aus der Rücklage sinkt diese von 3,652 Milliarden Euro auf jetzt noch 2,185 Milliarden Euro. Das geht in diesem Doppelhaushalt noch. Im nächsten Doppelhaushalt sind Sie dann aber mit Ihrem Latein am Ende. Dann schauen wir mal, wie Sie weitermachen wollen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bauen zwar die Staatsverschuldung um 1 Milliarde Euro ab; es verbleiben aber 26 Milliarden Euro Schulden.

(Hans Herold (CSU): Aber Abbau!)

Wie wollen Sie Ihr selbstgestecktes Ziel des Schuldenabbaus bis 2030 erreichen?

Wohlgemerkt, die SPD steht zur Schuldenbremse. Wir müssen aber trotzdem schauen, wie wir das Geld für Investitionen so ausgeben können, dass unser Gemeinwesen nicht in ein paar Jahren verlottert und kommende Generationen dies nicht als versteckte Verschuldung mitzutragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Dieser Freistaat mit seinen Menschen und seiner Wirtschaftskraft kann mehr und hat einen deutlich mehr auf die Zukunft ausgerichteten Haushalt verdient. Ihr Haushalt ist ideenlos und hat kein Gesicht. Ein Aufbruch in eine Zeit mit Investitionen in eine sozialere und ökologischer orientierte Gesellschaft sieht anders aus. Wir legen zu all diesen Punkten die entsprechenden – richtigen, guten und gegenfinanzierten – Änderungsanträge vor. Auf eine gute Beratung über diesen Doppelhaushalt!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Güller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Abgeordnete Stadler von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Güller, jetzt hätte ich schon eine Frage: Haben Sie Angst, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Wahrheit über die Haushaltserhöhung nicht vertragen? Es ist doch bekannt, dass die SPD und die CSU bei der Wahl massive Verluste eingefahren haben und jetzt selbstverständlich den Haushalt erhöhen müssen, damit sie ihre Mitarbeiter aus der letzten Wahlperiode halten können. Das ist doch nicht schlimm.

(Unruhe bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Güller, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Ich weiß nicht, auf welcher Veranstaltung Sie gerade waren; bei meiner Rede können Sie nicht anwesend gewesen sein. Ich habe Ihnen für die SPD-Fraktion in aller Klarheit unsere Vorstellungen für einen sozialeren, ökologischeren Haushalt des Freistaates Bayern, der einen Umfang von 65 Milliarden Euro hat, vorgelegt.

(Alexander König (CSU): Na ja! Mit zahlreichen Widersprüchen! – Zuruf von der AfD: Zur Frage!)

Damit sollten Sie sich beschäftigen, statt ideologische Nebelkerzen zu werfen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Ausgewichen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel ist hier sehr hoch, vor allem auf der von uns aus gesehen rechten Seite des Saales. Bitte unterlassen Sie die Gespräche! Wenn Sie Gespräche mit Ihren Kollegen führen wollen, dann machen Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Dr. Kaltenhauser, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit der Quintessenz: Dieser Haushaltsentwurf ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Er ist unverantwortlich gegenüber unseren Kindern – Ihren Kindern, meinen Kindern. Er belastet die nachfolgenden Generationen auf unverantwortliche Weise. Diese haben zudem noch das Problem der demografischen Belastung.

Was ist an diesem Haushaltsentwurf unverantwortlich? – Vor allem ist es die Passivseite; so nenne ich sie als Buchhalter. Das Sparbuch wird geplündert. Die Schulden werden nicht zurückgezahlt. Sondereinnahmen werden verfrühstückt. Der Staat greift immer noch stärker in Leben und Wirtschaft ein.

Ich will das gern erläutern, wobei ich davon ausgehe – Herr Pohl, ich weiß nicht, wo Sie jetzt sitzen –, dass der Haushalt ernst zu nehmen ist. Sie haben das hier in einer Manier, die ich bisher nur von der CSU in Kommunen kannte, infrage gestellt und angedeutet, man solle den Haushalt an der einen oder anderen Stelle nicht ganz so ernst nehmen. Ich meine aber, wenn wir hier darüber debattieren, dann sollten wir ihn auch ernst nehmen. Ein Haushalt ist ein Plan; das ist richtig. Man liegt einmal darüber, ein anderes Mal darunter. Wenn er ständig zu gut liegt, dann haben wir auch falsch geplant. – Ich werde jetzt einzelne Punkte durchgehen.

Ich beginne mit der Rücklageentnahme. Knapp 4 Milliarden Euro sind entnommen worden, und das in einer Zeit, in der wir dauerndes Wachstum haben. Jedes vernünftig wirtschaftende Unternehmen würde in solchen Zeiten Rücklagen aufbauen. Bereits in den Vorjahren haben Sie massiv in die Rücklage gegriffen. Trotz allem ist die Entnahme immer noch viel höher als die Tilgung von Schulden. Das Sparbuch wird geplündert, und das Geld wird konsumiert. Es wird weder investiert noch für die Schuldenrückzahlung verwendet.

Im Koalitionsvertrag heißt es so wunderschön:

Wir werden mit den vorhandenen Haushaltsreserven sorgsam umgehen und auch künftig ausreichende Haushaltsreserven bilden.

Angesichts dessen stelle ich eine Frage: Wir haben nur noch 2 Milliarden Euro Rücklagen; ursprünglich waren es 8 Milliarden Euro. Wenn das ausreichende Haushaltsreserven sind, dann haben wir bisher zu viel zurückgehalten. Anders formuliert: Wir hätten den Bürgern schon bisher etwas geben müssen. Oder wie muss ich das verstehen? Ich gehe davon aus, dass sich dieser Satz aus dem Koalitionsvertrag auch

auf den aktuellen Haushalt bezieht. 2 Milliarden Euro sind angeblich genug. Waren dann die 8 Milliarden Euro zu viel? – Eine interessante Interpretation!

Kommen wir zur Schuldentilgung. Ich weiß, dass ich zu dem Thema Schulden und Schuldentilgung eine etwas andere Auffassung habe als Herr Kollege Güller. Ich will aber gleich vorab sagen: Schuldenmachen als solches ist nicht per se schlecht. Man kann damit auch sinnvoll in die Zukunft investieren und entsprechende Schwerpunkte setzen. Schuldenmachen, um das Geld zu konsumieren, ist natürlich nicht akzeptabel.

Wir haben in Bayern ein gesetzlich festgelegtes Ziel: Die Schulden müssen bis 2030 vollständig zurückgezahlt sein. – Man kann nun ganz einfach rechnen, indem man den Stand der Schulden von Ende 2018 nimmt und diesen Betrag auf die 12 Jahre bis 2030 verteilt. Dann müssten wir in jedem Jahr ungefähr 2,3 Milliarden Euro tilgen. 2,3 Milliarden Euro jedes Jahr, nicht aber 1 Milliarde Euro in zwei Jahren! Mit der bisherigen Art der Tilgung schieben wir nur einen Berg vor uns her. Das wird immer schlimmer. Ob die Rechnung passt – vorhin hat sie jemand aufgemacht –, dass sich im Jahr 2028 ein anderer Ministerpräsident damit herumschlagen müsse, mag dahingestellt sein. Im Koalitionsvertrag heißt es jedenfalls:

Disziplin und Verantwortungsgefühl in Finanzfragen sind Werte, für die der Freistaat seit Jahrzehnten steht. Die Schulden von heute müssen unsere Kinder zurückzahlen. Wir wollen auch den Kurs der Rückzahlung alter Schulden fortsetzen.

Irgendwie passt das überhaupt nicht zu dem, was ich in dem Zahlenwerk finde. Tut mir leid! Der Haushalt, wie er vorliegt, schiebt die Last der Schuldentilgung eindeutig unseren Kindern zu.

Vor einigen Wochen habe ich einen Tilgungsplan gefordert. Damit war ich nicht der Erste; der Oberste Rechnungshof hatte das auch schon einmal verlangt. Der Offenbarungseid waren aber die Antworten, die ich im Haushaltsausschuss bekommen habe. Jetzt zitiere ich aus dem Protokoll, damit ich ja nichts Falsches sage: Die CSU nannte das Ansinnen von mir "fast etwas unseriös, weil man meine, bis zum Jahr 2030 genau

festlegen zu können, wie die Restschulden getilgt werden könnten." Die FREI-EN WÄHLER erklärten, dass ein solcher fester Plan nur aufgestellt werden könne, wenn die jetzige Koalition die Garantie hätte, bis zum Jahr 2030 zu regieren; anderenfalls sei das nicht möglich.

(Alexander König (CSU): Es obliegt den jeweils gewählten Abgeordneten, den Haushalt aufzustellen!)

Das ist ein interessanter Standpunkt. Es ist also Geld aufgenommen worden, ohne genau zu wissen, wann es zurückgezahlt werden muss. Das Mindeste wäre doch, meinen Anteil, den ich bis 2030 gleichmäßig zu tilgen habe, festzuschreiben. Auch das ist ein Punkt, der mich zu der Einschätzung führt: Das ist verantwortungslos!

(Beifall bei der FDP)

Auch das Thema Beamtenpensionen ist heute angesprochen worden. Es wurde ja die Vereinbarung getroffen, in den Fonds etwas weniger zurückzuführen, dafür die Schulden zu tilgen und hinterher wieder mehr in den Fonds einzuzahlen. Jetzt stellt man fest, dass in den Beamtenfonds insofern zu wenig eingezahlt wird, als tatsächlich keine Schulden getilgt werden. Auch das passt hinten und vorn nicht zusammen. Das ist eine Zusage – ich glaube, es ist sogar ein Beschluss, der vor einigen Jahren gefasst wurde –, die dazu führt, dass wir letztlich noch stärker aus der Reserve leben.

Man sieht es im Haushalt schon an den Posten, die die Ruhegehälter betreffen. Diese Posten steigen ständig an. Eine Gegenbewegung in dem Sinne, dass Schulden zurückgeführt oder der Beamtenpensionsfonds aufgebaut würde, ist nicht zu erkennen.

Vielleicht noch ein Highlight aus der Mittelbeschaffungsseite: Bekanntlich musste Audi 800 Millionen Euro Bußgeld zahlen. Dazu habe ich ein schönes Zitat vom ehemaligen Justizminister Herrn Winfried Bausback – er ist gerade nicht da – gefunden:

Geldbußen, die unsere Staatsanwaltschaften gegen Unternehmen verhängen, müssen künftig unmittelbar auch den Geschädigten zugutekommen. Es darf nicht

weiter sein, dass Geldbußen gegen Unternehmen ausschließlich dem Staatshaushalt zufließen.

Ich habe die 800 Millionen Euro als solche nicht explizit gefunden. Diese Gelder sind offenbar irgendwo in den Staatshaushalt eingegangen. Ich habe auch nicht festgestellt, dass sie für eine außerordentliche Schuldentilgung verwendet worden wären. Offenbar ist auch diese Aussage nicht ganz so ernst zu nehmen. Man hat die 800 Millionen Euro wohl ganz gut gebrauchen können.

Dieser Doppelhaushalt weist, wirtschaftlich gesehen, ein tiefrotes Ergebnis aus. Der Hinweis, es gebe keine Nettoneuverschuldung, ist Augenschwermerei; das wissen alle Kaufleute, die hier sitzen. Angesichts dessen finde ich das Zitat von Herrn Aiwanger schon fast zynisch – ich werde es jetzt in Kölschem Dialekt vortragen –: "Et hätt noch emmer joot jejeange". Sie legen doch sonst immer so viel Wert auf Ihre kommunalpolitische Verantwortung. Ich stelle mir vor, ein Bürgermeister oder ein Landrat würde einen solchen Haushalt vorlegen. Was bekäme er wohl von seiner Aufsicht zu hören! Das finde ich schon erstaunlich. Aber das Thema ist schon angesprochen worden: Die FREIEN WÄHLER kennen sich mit speziellen Finanztransaktionen ja ganz gut aus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Na, na, na!)

Noch ein Wort zu dem Thema Wachstum des Haushalts. Das ist interessant. Es ist einmal festgelegt worden bzw. es wurde uns ausdrücklich gesagt, der Haushalt solle nicht mehr als um 3 % wachsen. Jetzt wächst er – je nachdem, wie man rechnet – um über 6 %. Das ist kein Schönheitsproblem. Wenn das Haushaltswachstum höher ist als das Wirtschaftswachstum – die Volkswirte mögen mir diese Vereinfachung verzeihen –, heißt das, dass der Staat immer stärker in das Wirtschaftsleben eingreift. Damit nimmt er dem Bürger immer mehr von seiner Freiheit. Das ist weder liberal, noch marktwirtschaftlich zu dulden. Hören Sie endlich auf, die Freiheit der Bürger auch noch in wirtschaftlicher Hinsicht einzuschränken.

(Zuruf: Bei den Mieten haben Sie das alles anders gesehen!)

Schauen wir uns nun einmal die Ausgabenseite an. Dazu gibt es eine ganze Liste – ich nenne es explizit Wahlgeschenke –: Landespflegegeld, Eigenheimzulage, Baukindergeld, Familiengeld, BayernHeim. Ich will auf die einzelnen Positionen nicht näher eingehen; dazu werden wir in der Debatte noch einige konstruktive Vorschläge einbringen. Aber ich möchte jetzt doch zwei Punkte ansprechen, die mich am meisten stören.

Erstens. Wahlgeschenke kennen wir. Sie sind sonst vielleicht nicht ganz so groß wie dieses Mal, aber sind keine Einmaleffekte. Sonst wäre das vielleicht auch okay. Diese Wahlgeschenke ziehen sich mit ihren Belastungen bis in die nächsten Jahre hinein. Das ist die Problematik. Wenn man es schon in diesen Jahren nicht mehr schafft, den Haushalt anders auszugleichen, als massiv die Rücklagen anzugreifen, wie soll es dann künftig werden? Man beschließt hier Belastungen, die künftig nicht wegfallen.

Diese Maßnahmen sind im Übrigen nicht zielgenau. Das muss man ganz klar sagen. Auf das berühmte Gießkannenprinzip kann man hier immer wieder nur hinweisen. Wie würde in einem Unternehmen normalerweise ein Projekt gestartet? – Man definiert ein Ziel, das man erreichen will. Man definiert, welche Maßnahmen dafür notwendig sind, und man legt anschließend genau fest, ob man das Ziel erreicht hat. Man könnte jedes der von mir aufgezählten Beispiele nehmen. Ich erinnere nur an das Landespflegegeld. Wem genau will man helfen? Wie stellt man sicher, dass man genau diese Menschen erreicht? Wie prüft man anschließend, ob man diese Menschen erreicht hat, ob man diesen Menschen wirklich geholfen hat? – Ein paar Dankeschreiben sind da zu wenig. Dazu braucht man wirklich einen anderen Maßstab. Wenn ich nun diese Überlegungen an die vier, fünf Wahlgeschenke anlege, dann wird es nach meiner Ansicht dünn. Wenn man nun das Ziel der Wahlgeschenke weglässt, also Wählerstimmen, dann hat man tatsächlich die berühmte Gießkanne, die schon mehrfach zitiert wurde.

Besonders aufgefallen ist mir bei der Durchsicht der Vorlage der extreme Aufbau von Personalstellen. Das zieht sich durch beinahe alle Ressorts. In den Nachtragshaushal-

ten 2018 hatte man sich schon einen ordentlichen Schluck genehmigt. Trotzdem gibt es jetzt noch einmal eine ordentliche Steigerung. Interessant war für mich, dass die einzige Behörde, in der es keine Steigerung gab, der Oberste Rechnungshof war. Gerade dort hätte ich erwartet, dass es eine kleine Steigerung geben würde. Aber der Rechnungshof scheint ganz gut klarzukommen.

Ein Manko sehe ich definitiv bei den Ausgaben. Wenn man schon Ausgaben macht, muss man auch Schwerpunkte setzen. Herr Güller hat darauf schon ausführlich hingewiesen. Er sprach über die zukunftsgerichteten Investitionen in die Bildung. Statt einer Qualitätssteigerung wird oft nach dem Motto vorgegangen: Viel hilft viel. Auch dazu werden wir einige sehr dezidierte Anträge in die Diskussion einbringen.

Das Digitalministerium ist ein besonderes Highlight, wenn von der Definition her auch nicht sonderlich groß. Die Digitalministerin hat genau gesehen nicht einmal zehn Millionen Euro Verfügungsmasse pro Jahr. Die Kosten für das Ministerium sind höher als dieser Betrag. Warum man dieses Ministerium überhaupt gegründet hat, verstehe ich nicht. Wir als FDP hatten zwar immer ein Digitalministerium gefordert, aber wir sind enttäuscht, dass hier eine große Chance vertan wurde. Die Frau Kollegin Judith Gerlach tut mir wirklich leid; sie hat keine Chance.

Ein besonderer Höhepunkt ist auch der Länderfinanzausgleich. Da wurde getönt, dass man sich das alles nicht länger bieten lassen wolle, dass es eine Klage geben werde. Am besten finde ich die Formulierung im Finanzplan, dass die Einnahmen aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage entfallen, wodurch der Reformgewinn für den Freistaat Bayern aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen weitgehend aufgezehrt wird.

Vorhin war da von 800 Millionen Euro die Rede. Ich muss zugeben, ich kann diese Summe nicht einordnen, jedenfalls in das Zahlenwerk nicht. Aber definitiv ist bei Weitem nicht diese Einsparung herausgekommen, wenn überhaupt eine Einsparung herausgekommen ist, wie vorhin groß getönt wurde.

(Alexander König (CSU): Eine Menge Geld für die Kommunen ist dabei herausgesprungen! Das haben wir doch vorhin gehört!)

– Dazu sage ich gleich noch etwas. Dieser Haushaltsentwurf ist in seiner Maßlosigkeit genau genommen nicht mehr zu korrigieren. Der Satz "Die solide und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik in Bayern wird fortgesetzt" ist da für mich fast schon Ironie.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich bei Ihren Wahlversprechungen in den Koalitionsvereinbarungen ganz eindeutig total verkalkuliert. Richtig wäre, im Parlament zu sagen: Liebe Regierung, nimm den Entwurf zurück. Mach einen neuen Entwurf, in dem drinsteht: keine Neuverschuldung, keine Rücklagenentnahme. Fragt doch die Ministerien, wo man einsparen kann. Dort weiß man es. Ich kann mich noch sehr gut an Diskussionen erinnern, auch wenn ich damals nicht im Parlament war, die in der CSU/FDP-Koalition geführt wurden. Der damalige Ministerpräsident hat sich offensichtlich etwas stärker durchsetzen können. Er hat seine Leute dazu gebracht, entsprechende Vorschläge zu machen.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um politische Spielchen. Sie spielen mit der Zukunft unserer Kinder. Haben Sie endlich den Mut einzugestehen, dass Sie sich verkalkuliert haben. Sie haben Versprechen gegeben, die Sie seriös an vielen Stellen nicht einhalten können. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, meinen Kindern eine solche gewaltige Hypothek für die Zukunft aufzuladen. Damit würde die Freiheit unserer Kinder heute schon beschränkt.

Wir werden, wie gesagt, konstruktive Vorschläge einbringen. Einen solchen Entwurf zum Doppelhaushalt weisen wir aber definitiv zurück.

(Beifall bei der FDP)

Nun möchte ich zum Finanzausgleichsgesetz noch ein paar Sätze sagen. Es ist ein typisches Gesetz, in dem versucht wird, möglichst viele Unwägbarkeiten und Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Es ist ein hochkomplexes Werk, das ich total spannend finde. Wenn man es durchgearbeitet hat, kann man sagen, dass das Ziel erreicht ist, einen einigermaßen gerechten Ausgleich zu finden. Aber ein Ziel hat man nicht erreicht, dass nämlich ein solches Gesetz auch eine Steuerungsfunktion haben muss. Ich finde, das ist auch Aufgabe eines solchen Ausgleichsgesetzes. Wir kennen das ja. Vorhin hat jemand gesagt, die Schlüsselzuweisungen seien jedes Jahr in der Haushaltsplanung für die Kommunen eine Zufallsgröße.

(Alexander König (CSU): Ein guter Kämmerer kann das ausrechnen!)

– Oh, dann habe ich wohl bisher immer nur schlechte Kämmerer erlebt. Ich meine auch, allen größeren Projekten tut man sich immer schwer abzuschätzen, was es im Einzelnen bringt. Deshalb hat die FDP in ihrem Programm seinerzeit schon gefordert, dass die Verfahren transparenter sein müssen.

Zum aktuellen Gesetzentwurf wird gesagt, dass es begrüßenswert sei, dass die Kommunen mehr Geld bekommen. Das ist unbestritten, denn dort kennt man das tägliche Umfeld der Menschen meist besser, als es für uns hier möglich ist. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die Mittel, die die Gemeinden erhalten, wesentlich stärker ansteigen als das Steueraufkommen. Was heißt das? – Wenn man sagt, das Finanzausgleichsgesetz ist dafür da, um finanzielle Unterschiede auszugleichen, heißt das: Wenn die Mittel ansteigen, werden entweder die finanziellen Unterschiede zwischen den Kommunen größer – sonst bräuchte man nicht mehr Geld zu geben – oder die Kommunen hängen immer stärker am Gängelband des Landes.

Das muss man sehen. Da ist immer die Rede von einer kraftvollen Selbstverwaltung: Man gibt Geld an die Kommunen zurück. Aber da tue ich mich als Liberaler schwer. Warum muss das sein? Das Thema Strabs ist ein wunderbares Beispiel dafür. Da sollen die Kommunen jetzt auch noch Bittgesuche einreichen: Bitte, bitte gebt uns ein

bisschen Geld für unsere Härtefälle. Ist das wirklich der richtige Ansatz? – Da tue ich mich als Liberaler wirklich schwer.

Insgesamt werden wir diesem Finanzausgleichsgesetz zwar zustimmen, aber in der Summe sind wir durchaus der Meinung, dass der Strukturwandel einmal grundsätzlich anzugehen ist. Das kann man in der Kürze der Zeit zwar nicht machen, wir werden aber versuchen, sinnvolle Vorschläge dazu einzureichen. Die Tatsache, dass die Kommunen jetzt mehr Geld erhalten, ist allerdings ein Grund, der Sache jetzt insgesamt zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr. – Der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion hat nun das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der offizielle Start der Haushaltsberatungen steht jetzt auf der Tagesordnung. Wir täten gut daran, schnell, zügig und konsequent zu beraten, denn wir haben ein enges Zeitkorsett. Durch das Wahljahr haben wir viel Zeit verloren. Deshalb bin ich dankbar, dass heute mit den Beratungen begonnen wird, um mit dem neuen Staatshaushalt auch neue Projekte auf den Weg zu bringen, die wir sonst nicht hätten verwirklichen können.

Insgesamt trägt der Regierungsentwurf den Erfordernissen der Finanzwirtschaft, das heißt dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht Rechnung: Rechtlich Gebundenes, faktisch Gebundenes wird in diesem Entwurf dargestellt. Viele Dinge, die in die Zukunft weisen, werden eingebracht. Dinge, die nicht zwingend erforderlich sind, lassen wir bewusst außen vor, weil wir nicht Dinge unter das Volk bringen wollen, die von anderen gefordert werden, aber für unser Land nicht unbedingt einen Mehrwert bringen. Man kann sagen: Der Entwurf ist geglückt. Wir werden ihn positiv begleiten, lieber Finanzminister Albert Füracker. Wir wissen, dass Bayern solide wirtschaftet, und das bei in Bayern noch immer günstigeren wirtschaftlichen Gesamtdaten, als dies bundes- und europaweit der Fall ist.

Im Doppelhaushalt sind die wesentlichen Projekte der Koalitionsvereinbarungen verankert oder zumindest bereits in Ansätzen vorhanden. Wir haben fünf Jahre Zeit, um unsere Projekte umzusetzen, und legen mit diesem Doppelhaushalt gleich einen starken Start hin. Bayern ist das Land der soliden Staatsfinanzen. Die bayerische Finanzpolitik steht für Solidität und Generationengerechtigkeit. Nicht zu Unrecht sind wir in Europa mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik Vorbild.

(Beifall bei der CSU)

Das bleibt auch in der neuen Regierungskoalition so. Ich danke unserem Koalitionspartner dafür, dass er diesen Kurs mit uns weiterführt.

Wir machen keine neuen Schulden. Wir bauen seit 2012 die alten Schulden ab und nutzen gleichzeitig die Spielräume für notwendige Investitionen in die Zukunft Bayerns. Diesem Anspruch wird der Doppelhaushalt mehr als gerecht; Schuldentilgung: 1 Milliarde insgesamt. Wir bauen damit unseren Vorsprung aus. Die – wenn auch zurzeit niedrige – Zinslast wird noch weiter verringert.

Nicht umsonst erhält der Freistaat Bayern 2019 von Standard & Poor's erneut ein Spitzenrating. Gerade die Schuldentilgung wurde und wird uns auch in der Gegenwart hoch angerechnet. Das sagen nicht Politiker, das sagen nicht wir selbst, sondern das sagen international anerkannte Experten. Diese sind von unserer Haushaltspolitik überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein ausgeglichener Haushalt, die Rückzahlung alter Schulden und natürlich die hohen Investitionen sind die Grundlinien unserer Politik. Wir betrachten die Staatsfinanzen nicht als Eigentum der Politik und nicht als Eigentum des Landtags, sondern wir verwalten sie im Auftrag der Bürger, um für die Menschen mit Verlässlichkeit, mit Ehrlichkeit und mit Besonnenheit das Beste zu erreichen. Wir wollen das uns anvertraute Geld sparsam verwenden, gut investieren, sozial nachhaltig und ertragreich einsetzen.

Deshalb weise ich die Vorwürfe der Vorrednerinnen und Vorredner entschieden zurück, insbesondere von Ihnen, Frau Kollegin Köhler; denn dort, wo GRÜNE mitregieren oder lange Zeit mitregiert haben, sind die Finanzen in aller Regel desolat.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Nicht nur die Finanzen!)

Schuldentilgung und hohe Rücklagen sind dort Wunschdenken, aber bei Weitem nicht vorhanden. Das gilt vor allem dort, wo GRÜNE und Rote regieren. Von Adolph Kolping gibt es das Zitat: "Schön reden tut's nicht, die Tat ziert den Mann!" – Heute gegendert, liebe Frau Kollegin: [...] ziert die Frau, die Partei, die GRÜNEN oder die SPD. Beweisen Sie doch mal dort, wo Sie regieren, dass Sie es wirklich besser können. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben in politisch stürmischen Zeiten, in Zeiten internationaler Unsicherheiten und in sich vermutlich eintrübenden Zeiten einen Rekordhaushalt. Deshalb konzentrieren wir uns auf diejenigen, die in unserem Land Werte schaffen: auf die Familien, die Arbeitnehmer und die Unternehmer.

Wir haben hohe Investitionsausgaben. Diese steigen auf rund 17 Milliarden Euro, also auf ein neues Rekordniveau. Die Quote erhöht sich von 12,1 % auf 13,7 %. Auch dort sind wir Spitze. Wir fördern Kinder und Familien, die unsere Zukunft bedeuten. Wir investieren Geld in die Bildung, in die Vermittlung der Voraussetzungen für die digitale Arbeitswelt und in die vielfältige Hochschullandschaft mit Forschung und Entwicklung. Die Personalausgabenquote sinkt im Vergleich zum Vorjahr von 38,4 % auf 37,2 %. Wir machen zum 15. Mal keine neuen Schulden. Auch setzen wir rechtzeitig Impulse, um einem möglichen Abschwung entgegenzutreten.

Ich habe Familien und Kinder genannt. Genau hier ist unsere Zukunft, wie es in der Bayerischen Verfassung formuliert ist. In der Koalition mit den FREIEN WÄHLERN haben wir unseren Schwerpunkt der vergangenen Jahre mit weiterem Gewicht verse-

hen. Der Zuschuss für die Kindergartenbeiträge wird für das erste und zweite Kindergartenjahr ausgeweitet. Damit ist der Elternbeitrag keine Hürde mehr. Dann wird der Kindergarten in vielen Fällen kostenfrei sein. Für die Kinderkrippe kommt dieser Zuschuss im Folgejahr.

Auch das Familiengeld der CSU wird fortgeführt. Empfänger sind alle Familien im Freistaat – entgegen den Wünschen des SPD-Bundesministers auch die Hartz-IV-Empfänger. Dafür sind im Doppelhaushalt allein 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit setzt der Freistaat bundesweit ein Zeichen für Familien und Kinder – für die Kinder, deren Zahl erfreulicherweise wieder ansteigt. Das heißt, nur für diesen neuen Bereich werden insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Hier wird geklotzt und nicht gekleckert.

(Beifall bei der CSU)

Das Spitzenniveau bei Schulen und Hochschulen gilt es zu sichern. Die Bildungsausgaben liegen in den beiden Jahren bei circa 42 Milliarden Euro. Das ist ein Drittel des Haushaltsvolumens. Mit dem Bildungspaket, das wir bereits gestartet haben, werden die Weichen für die Zukunft an Bayerns Schulen gestellt. Auch die Förderprogramme für digitale Bildung werden fortgesetzt. Hierfür sind 212 Millionen Euro vorgesehen. Der Ausbau der Angebote an Ganztagschulen und an Mittagsbetreuung an den Schulen wird mit 630 Millionen Euro dotiert. Insgesamt werden 2.000 neue Lehrerstellen ausgebracht. Die Befristungen – ein langjähriger Kritikpunkt – werden weiter abgebaut. Auch das ist uns wichtig. Ganz ohne Befristungen wird es nicht gehen, weil wir kurzfristige Ausfälle, etwa wegen Krankheiten oder Schwangerschaften, kompensieren müssen. Aber wir müssen es auf das Notwendige reduzieren.

(Horst Arnold (SPD): Da schau her!)

Das Wissenschaftsland Bayern blüht. Wir haben eine Vielfalt in allen Regionen des Freistaats. Auch das ist übrigens ein Markenzeichen. Schauen Sie in andere Bundes-

länder, ob sich der ländliche Raum so entwickelt wie in Bayern. Sie werden keine besseren Beispiele finden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir haben Qualität in der Breite, Exzellenz in der Spitze und einen hohen Grad an Internationalisierung.

Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Weitere regionale Schwerpunkte sind der Aufbau einer medizinischen Fakultät in Augsburg, also die Errichtung des sechsten bayerischen Universitätsklinikums, und die neue Fakultät für Luft- und Raumfahrt an der TU München am Standort Ottobrunn. Ein weiteres Beispiel ist die Errichtung einer zehnten staatlichen Uni in Nürnberg, die derzeit konzipiert wird. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. die technischen Hochschulen werden als regionale Innovationsmotoren weiter gestärkt. Forschungsaußenstellen und Technologietransferzentren geben gerade dem regionalen Mittelstand wichtige zusätzliche Impulse. Auch das ist ein Markenzeichen Bayerns. Schauen Sie mal, ob Sie anderswo im ländlichen Raum derart viele Außenstellen von Hochschulen finden wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Vorbildlich, vorbildlich!)

Bei uns in Bayern ist es auch dort vorbildlich, wo anderswo Fehlanzeige ist.

(Beifall bei der CSU)

Wissenschaft und Forschung spielen sich in Bayern nicht nur in den Ballungsräumen ab, sondern auch im ländlichen Raum. Diese regionalen Investitionen sind zum Teil hoch. Sie sind es uns aber wert; denn die Kraft Bayerns liegt auch im ländlichen Raum. Nicht nur unsere Mittelständler, sondern auch die Menschen vor Ort schätzen diese unsere Politik.

Im Übrigen noch einige wenige Sätze zur Erwachsenenbildung, weil ich gerade bei der Bildung bin. Auch auf diesem Gebiet investieren wir im Jahr 2019 3,7 Millionen Euro. Damit erreichen wir nahezu das Niveau, das wir in der gemeinsamen Entscheidung des Vorjahres anstreben. Ich gebe zu: Im Jahr 2020 ist der Ansatz nicht befriedigend. Darüber werden wir im Nachtragshaushalt reden. Das können wir so nicht belassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber für das laufende Jahr sind die Mittel sichergestellt. Im kommenden Jahr werden wir, wie bereits gesagt, im Nachtragshaushalt nachsteuern.

Zum Wohnungsbau: Der vor allem in den Ballungsräumen vorhandene Wohnraum-mangel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Neben dem Freistaat sind natürlich die Städte dort gefordert, wo die Probleme am größten sind. Das gehört zu ihrer kommunalen Selbstverwaltung und zum Planungsrecht. Sie müssen geeignete Lösungen finden. Wir müssen sie unterstützen und stärken. Auch hier der Hinweis: Die Städte sind sehr oft von rot-grünen Koalitionen regiert. Dort müsste mehr passieren. Nur fordern, reicht nicht. Es gilt, dort zu handeln, wo Sie regieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Kollege Arnold, die Staatsregierung führt den Wohnungspakt Bayern fort und baut ihn weiter aus. Dort werden über 2 Milliarden Euro investiert. Für die Wohnraumförderung stehen im Doppelhaushalt 1,5 Milliarden Euro und für die Eigenheimzulage 300 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Baukindergeld Plus gibt es 300 Euro zusätzlich für bayerische Familien mit Kindern. Mir ist besonders wichtig, dass wir die Wohnraumförderung in den Städten betreiben. Das Baukindergeld Plus wirkt im ländlichen Raum, weil dort die Baumaßnahmen noch bezahlbar sind. Dort müssen wir tätig werden und vor allem der Eigenheimbildung auf die Sprünge helfen. Das ist der richtige Weg für einen Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Wir investieren landauf, landab; denn das Ende der guten Zeiten könnte uns bevorstehen. Vieles deutet darauf hin. Die Konjunktur sinkt ab. Selbst die Bundesregierung geht davon aus, dass das Wachstum deutlich niedriger ausfallen wird, als das in den letzten Jahren der Fall war. Das Stimmungsbarometer bei den Unternehmen hat sich abgekühlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern gehörte auch im Jahr 2018 zu den drei wachstumsstärksten Ländern in Deutschland. Wir haben das höchste Bruttoinlandsprodukt aller Flächenstaaten und damit die stärkste Wirtschaft. Gleichzeitig setzt sich die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt erfreulicherweise fort. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zum 13. Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr an. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2018 bei 2,7 %. Das ist der niedrigste Stand seit Dezember 1980. Das sind Verhältnisse wie zu Zeiten des Wirtschaftswunders. Der große Finanzpolitiker und deutsche Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß wäre stolz auf die Daten, die wir heute vorweisen können.

(Horst Arnold (SPD): Der hat gesagt: "Freiheit oder Sozialismus"! Da waren wir dran!)

– Das Wirtschaftswunder lag in der Adenauerzeit und nicht in der Zeit der sozialliberalen Koalition. Aber über Geschichtsunterricht können wir später reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Wirtschaftswachstum wird so nicht bleiben. Deshalb müssen wir vorbauen. Das tun wir. Dank langjähriger zukunftsweisender und innovativer Politik werden wir in Bayern unsere guten Daten gegenüber dem Bundeschnitt weiter aufrechterhalten. Davon bin ich überzeugt. Wir haben heute viel über die Investitionsausgaben und die Investitionsquote gehört. Allein für Baumaßnahmen stellen wir 260 Millionen Euro bereit. Wir investieren aber auch in das Personal. Wir übernehmen den Tarifabschluss. Das ist ein ordentlicher Abschluss. Die Menschen sollen Geld verdienen, wenn es einem Land gut geht. Wir setzen den Abschluss für die Angestellten auch bei der Beamtenschaft um. Ich nenne als Stichworte die Anhebung der

Eingangsbesoldung, die Anerkennung für unsere Beschäftigten und Anreize für den Nachwuchs, in einem attraktiven öffentlichen Dienst, dem attraktivsten in Deutschland, zu arbeiten.

Wir investieren in Soziales. Ich habe die Familien genannt. Ich nenne aber auch das bayerische Pflegegeld und die neue Investitionsförderung für Pflegeplätze, sowohl für den Bau als auch die Sanierung. Die ersten Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition. Ich nenne außerdem den Bereich Sicherheit und Umwelt, zu dem ich aber keine weiteren Ausführungen machen möchte, da mir die Zeit langsam ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines sei aber schon noch gesagt: Es gibt diejenigen, die immer Wasser predigen und Wein trinken. Ich meine damit die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Sie empfehlen den Menschen in Bayern, viel mit Zug und Bus zu fahren, gehören aber gleichzeitig zu den Vielfliegern unter den Abgeordneten. Ihnen sei gesagt: Wer etwas fordert, muss das auch selbst einhalten! Der ehemalige Landesvorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Dieter Janecek, fordert heute im "Pressespiegel", gegen die "Lust-Vielfliegerei" der Bürgerinnen und Bürger vorzugehen. Er fordert, die Fliegerei pro Bürger auf dreimal pro Jahr zu beschränken, ansonsten sollte es Konsequenzen geben. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich wieder die alte Verbotspartei der GRÜNEN. Diesem Vorschlag treten wir nicht näher. Wir bauen den ÖPNV aus. Das ist richtig und wichtig. Wir wollen den Menschen aber nichts verbieten. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Wir haben über alle Fraktionen hinweg vereinbart, dass wir die Beratungszeit im Haushaltsausschuss für den Doppelhaushalt auf insgesamt drei Wochen eindampfen. Wir wollen vor Ostern fertig werden. Wir beginnen also am 26. März. Das ist eine Info-Woche, die eigentlich sit-

zungsfrei wäre. Ich danke allen Fraktionen ausdrücklich, dass sie diesen Weg mitgegangen sind, und freue mich schon jetzt auf die Beratungen im Haushaltsausschuss. Gleichzeitig appelliere ich an die Opposition, keine Mehrforderungen zu stellen, die nicht gegenfinanziert sind. Wir von der CSU werden ergänzende Vorschläge einbringen, die finanziert und für Bayern wichtig sind. Wir bringen keine populistischen Vorschläge ein, die nur der Show dienen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte noch einmal sagen: Der erste Haushalt der neuen Regierungsfaktionen ist mehr als gelungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Dr. Müller hat sich zu einer Intervention gemeldet. Herr Dr. Müller, Sie haben zwei Minuten.

Dr. Ralph Müller (AfD): Herr Zellmeier, das war ja nun eine schöne Märchenstunde, die Sie uns hier serviert haben. Mein geschätzter Vater, ein großer Schulmeister und Pädagoge, hätte nur gesagt: Themaverfehlung, setzen, sechs.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gut, dass Ihr Vater nicht auch im Landtag sitzt!)

Ich greife nur einen Punkt heraus und würde mir eine Antwort darauf erwarten: Ein Vertreter Ihrer Fraktion bzw. Ihrer politischen Richtung, ein prominenter Mann, hat gesagt, die Migration wäre die Mutter aller Probleme. Ich würde es anders formulieren: Die kriminelle Masseninvasion ist die Mutter aller Probleme.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Rechtsradikalismus!)

Ein hochverdienter Mann, der vor Kurzem geschasst wurde, hat in einem denkwürdigen Interview gesagt, täglich überschritten immer noch 500 bis 700 Personen illegal die Grenze. Das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Diese Leute, die Sie und Ihre

Regierungsvertreter, auch im Bund, durch ein ideologisches Konzept in unser Land locken und holen, verschärfen alle Probleme im Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schieben Sie dieses Problem nicht auf die Kommunen. Diese Leute, die Sie ins Land holen, verschärfen zu Hunderttausenden die Problematik am Wohnungsmarkt. Das sind die wahren Probleme. Gerade bei der Wohnungssuche findet im mittleren und unteren Bereich ein Verdrängungswettbewerb statt.

Die Leute, die Sie zu Hunderttausenden illegal und unter Verstoß gegen das Grundgesetz ins Land holen, verschärfen unsere Probleme in den sozialen Sicherungssystemen, zum Beispiel in der Krankenversicherung. Diese Leute sprengen unsere sozialen Systeme. Was tut die Staatsregierung, um diese Probleme zu beseitigen? Nötig wäre eine rigorose Grenzsicherung. Nehmen Sie dazu Stellung!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet. – Herr Zellmeier, bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Dr. Müller: Themaverfehlung!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir beraten über den bayerischen Staatshaushalt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Um den geht es hier!)

Sie haben über den Schwenk der Wohnungspolitik gerade noch die Kurve gekriegt, um überhaupt etwas zum Staatshaushalt zu sagen. Ich sage Ihnen: Die CSU und die Staatsregierung haben in den vergangenen Jahren alles getan, um die illegale Zuwanderung einzuschränken. Die Hauptzuständigkeit dafür liegt im Bund und nicht in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): § 1 des Aufenthaltsgesetzes! Wirtschaftliche Interessen!

– Alexander König (CSU): Führen Sie sich nicht so auf!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zellmeier hat das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Jetzt habe ich das Wort. – Wir haben alles getan, was wir in Bayern tun konnten. Sie versuchen krampfhaft, davon abzulenken, dass wir in Bayern beste Daten haben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie versuchen krampfhaft abzulenken!)

Sie versuchen, uns ein bundespolitisches Thema ans Bein zu binden.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist ein landespolitisches Thema!)

– Sie haben jetzt nicht das Wort. – Herr Kollege, Themaverfehlung, mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine einzige Anmerkung zu diesem Schlagabtausch machen: Wer der Meinung ist, dass man Wohnungsnot über Bevölkerungspolitik lösen könnte, der müsste es den Leuten erst einmal verbieten, Kinder zu kriegen.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt aber auch abenteuerlich!)

Ein Großteil der wohnungspolitischen Erfordernisse, die wir in München haben, hat seinen Grund darin, dass die Leute schlicht und ergreifend Kinder bekommen und daher auch mehr Wohnraum nötig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber nun zurück zur Sache: Man merkt bei den Haushaltsdebatten, dass die Redebeiträge einer gewissen Choreographie folgen. Die CSU gestaltet ihre Redebeiträge wie ein klassisches katholisches Hochamt: Te Deum, Hosianna und Jubilate – alles ist dabei. Meiner Erfahrung nach unterscheiden sich die Redebeiträge von der CSU, angefangen bei Kurt Faltlhauser über Herrn Huber und Herrn Söder bis zum derzeitigen Finanzminister und den Kolleginnen und Kollegen hier in den Reihen, nicht. Unbestritten ist: Der aktuelle Haushalt ist der größte, den wir in Bayern bisher hatten. Im Haushaltplan steckt eine ausgesprochen hohe Gesamtsumme.

Im Haushaltsplan und in den Redebeiträgen der Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER wird jedoch nicht die Frage beantwortet, ob die Schwerpunkte im Haushalt richtig gesetzt worden sind. Der Kollege Güller hat bereits darauf hingewiesen, dass wir das mit Nein beantworten. Es ist auch von mehreren anderen Rednern bestätigt worden. Der Haushalt ist ein "Gießkannenhaushalt", der die zentralen politischen Herausforderungen, die wir für das Land und die Menschen bewältigen müssen, nicht aufgreift und letztlich keine politischen Konzepte aufstellt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben zwei Jahre intensivster landespolitischer Debatten hinter uns. Kolleginnen und Kollegen, wir kennen doch die Themen, die zentrale Herausforderungen für uns darstellen. Das sind bezahlbarer Wohnraum – das ist heute schon ein paar Mal erwähnt worden –, mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehend die Verdichtung, der zunehmende Verkehr in den Wachstumszentren, die Sicherstellung der Mobilität in der Fläche, der CO₂-Ausstoß sowie die Feinstaubbelastung. Diese zentralen Themen brauchen mehr als nur einen Schluck aus der Gießkanne und mehr als nur eine moderate Erhöhung einiger Haushaltstitel. Diese zentralen Themen müssen mit politischen Konzepten angegangen werden. Diese müssen sich natürlich auch in einem Haushaltsplan niederschlagen. Hinter diesem Haushaltsplan steht aber kein wohnungspolitisches Konzept, um nur ein Thema aufzugreifen.

(Horst Arnold (SPD): Sehr richtig!)

Hinter diesem Haushaltsplan steht keine Vorstellung davon, wie man mittelfristig die Not der Menschen auf dem Wohnungsmarkt angehen will und Lösungen finden will. Hinsichtlich der Wohnungspolitik ist dieser Haushalt nichts anderes als ein Manifest der Ideenlosigkeit und der Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nicht weniger konzeptionslos ist der Haushaltsplan im Bereich des ÖPNV. Die Debatten der letzten Monate sollten eigentlich die zentrale Rolle des ÖPNV in der Fläche und in den Ballungsräumen im Hinblick auf CO₂ und Feinstaub gezeigt haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an die Redezeit.

(Horst Arnold (SPD): Die Regierung hat um 1 Minute und 55 Sekunden überzogen!)

– Ich habe hier keine Zeitanzeige.

(Tobias Reiß (CSU): Da ist die Uhr!)

– Okay, danke schön.

Florian Ritter (SPD): Auch diese Themen brauchen mehr als einen Schluck aus der Gießkanne. Das ÖPNV-Angebot muss deutlich ausgebaut werden, und wir brauchen verkehrspolitische Konzepte für ganz Bayern. Der Kollege Zellmeier hat vorhin erwähnt, dass man den Menschen das Busfahren "zumuten" will. Hierzu muss ich schlicht und ergreifend sagen: Man muss eine solche Verkehrspolitik betreiben, dass die Menschen am Ende das Busfahren nicht mehr als Zumutung empfinden, weil die Netze ausgebaut sind und ein entsprechendes Angebot vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte meinen, der Ministerpräsident hätte die Wichtigkeit dieser Themen begriffen, zumal er in den letzten Tagen des Wahlkampfs mit Themen wie 365-Euro-Ticket und S-Bahn-Ring um München dahergekommen ist. Jedoch spiegelt sich davon im Haushaltsplan nichts wider. Dieser Haushalt hätte angesichts der Herausforderungen im Land ein Haushalt des mutigen Voranschreitens und Umsteuerns sein können. Darauf haben Sie verzichtet. Sie machen daraus einen Haushalt des Weiter-so. Dieser Haushalt tut so, als gäbe es in Bayern keine großen Herausforderungen. Unserer Meinung nach haben das die Menschen in Bayern nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zu den Vorrednern. Frau Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte mehr Investitionen für Klima, Verkehr und andere Dinge und kritisierte unsere Ausgaben. Sie kritisierte explizit das Familiengeld, den beitragsfreien Kindergarten und das Pflegegeld. – Meine Damen und Herren, wir machen beides: Wir erhöhen die Investitionen – wir haben mit 13,7 % eine so hohe Investitionsquote wie seit Jahren nicht mehr – und wir führen zusätzlich ein Familiengeld, ein Pflegegeld und ein beitragsfreies Kindergartenjahr ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Köhler behauptete, dass unsere Rechnung nicht aufgehen wird. Ich sage Ihnen: Unsere Rechnung wird nicht nur ganz genau aufgehen. Wenn ich die Ausführungen unseres Finanzministers Albert Füracker richtig verstanden habe, werden sich am Ende der zwei Jahre viele Mitglieder dieses Hohen Hauses noch wundern, wie hoch die Rücklage dann sein wird. Das bleibt abzuwarten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben!)

Der Kollege Harald Güller sprach von einem Haushalt des Durchwurstelns. Herr Kollege Güller, das ist kein Haushalt des Durchwurstelns. Das ist ein Haushalt mit Einnahmen auf der einen Seite – Geld, welches von den Bürgerinnen und Bürgern kommt – und Ausgaben – Geld, welches für die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird – auf der anderen Seite. Im Haushaltsplan ist Wahrheit und Klarheit. Es ist kein Haushalt des Durchwurstelns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, Sie haben die teuren Wahlversprechen kritisiert. Sie haben uns aber leider nicht verraten, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen. Während der Haushaltsberatung haben Sie noch die Gelegenheit, Änderungsanträge einzubringen und die teuren Wahlversprechen in Wegfall zu bringen. Seien Sie mutig, und sagen Sie uns, welche teuren Wahlversprechen Sie ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Güller, besonders drollig wird es, wenn die SPD kritisiert, dass es sich nicht um einen Haushalt ohne Schulden handeln würde. Wissen Sie, woran ich da denken muss? – Ich muss zurückdenken an die Zeit, als die Regierung unter Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erstmals in Deutschland angekündigt hat, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzulegen. Da war das Gelächter auf dieser Seite des Plenarsaals unglaublich groß. Am lautesten hat die SPD gelacht. Seinerzeit hat die SPD gesagt, dass alle Welt Schulden mache und die CSU das nicht kapiere und keine Schulden mehr machen wolle. – Das waren Ihre Worte seinerzeit. Lesen Sie das bitte im Protokoll nach. Tatsache ist, dass die CSU der Erfinder eines Haushalts ohne Neuverschuldung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Schrittmacher für die Haushalte in Deutschland ohne Neuverschuldung.

(Horst Arnold (SPD): Landesbankdesaster!)

Herr Dr. Kaltenhauser, nun komme ich zu Ihren Ausführungen. Auch Sie haben die Wahlgeschenke kritisiert. Sie haben hierzu konstruktive Änderungsanträge der FDP angekündigt. Auch Sie haben die Möglichkeit, die von Ihnen kritisierten Wahlversprechen mit so vielen Änderungsanträgen, wie Sie wollen, in Wegfall zu bringen. Sie können Änderungsanträge stellen. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen voraus, was passieren wird: Es wird das passieren, was bisher jedes Jahr passiert ist: Die Opposition wird Änderungsanträge mit noch höheren Ausgaben stellen, aber keine Änderungsanträge, bei denen Ausgaben gestrichen werden. Wenn Herr Dr. Kaltenhauser sagt, die im Ministerium wüssten schon, wo etwas eingespart werden könne: Da haben Sie wahrscheinlich recht.

(Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Die fragt man ja nicht!)

Es ist aber Ihre Aufgabe, wenn Sie einsparen wollen, hier als Opposition Anträge zu stellen, und nicht die Aufgabe der Ministerien. Bitte kommen Sie dieser Aufgabe nach!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der FDP)

In diesem Sinne danke ich unserem Finanzminister herzlich für einen hervorragenden, für einen großartigen Haushaltsentwurf, der Wahrheit und Klarheit sowie auf der einen Seite Investitionen in einem Maß wie noch nie zuvor und auf der anderen Seite Leistungen für die Menschen vorsieht. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen und für Heimat das Wort. – Bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt drei Stunden zugehört, mir jedes Argument angehört und mir überlegt: Ist es wirklich so, wie es manche beschrieben haben? Stehen wir kurz davor, dass dieses Land dem Ende entgegengeht, dass wir

Angst haben müssen um die nächste Generation, Herr Kaltenhauser? – Ich bin nach wie vor der Meinung: Das müssen wir nicht. Und wissen Sie, warum nicht?

(Zuruf von der FDP)

Wenn Sie Ihren Kindern gegenüber nicht verantworten können, was wir hier tun, dann müssen Sie Ihren Kindern ehrlicherweise raten, irgendwohin auszuwandern. Das Problem ist nur: Sie werden nirgendwo ein Land finden, in dem auch nur annähernd diese finanzpolitische Solidität gewährleistet ist wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Bitte sagen Sie Ihren Kindern, dass sie das Glück haben, in einem Land leben zu dürfen, in dem die Bildungschancen so gut sind wie noch nie und im weltweiten Vergleich bestimmt nicht so, dass es irgendwo anders wesentlich besser wäre. Sagen Sie Ihren Kindern, dass die Situation, bei uns zu leben, in sozialer Hinsicht grandios ist

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und dieses Land in der Geschichte nie so gut war wie jetzt.

Sagen Sie Ihren Kindern, wenn sie eine Zukunft für wiederum ihre Kinder haben möchten, sollen sie versuchen, die bayerischen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, die wir bieten: das Baukindergeld nehmen, ein Haus bauen, sich niederlassen, den tollen Arbeitsmarkt, den wir in Bayern haben, nutzen, hier einen Beruf lernen, im Land bleiben und – –

(Alexander König (CSU): CSU wählen! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Oder FREIE WÄHLER!)

– Alexander König sagt: "CSU wählen!"; das ist auch noch eine Möglichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das aber gar nicht lächerlich machen; ich verstehe Ihre Bedenken. Es ist auch richtig als Opposition und auch sonst zu hinterfragen: "Was tut man?", und alle Bedenken bei einer Haushaltsdebatte auf den Tisch zu legen. Wir sollten uns aber auch nicht gegenseitig in etwas hineintreiben, bei dem wir dann zum Schluss die Meinung haben: Warum haben wir jetzt eigentlich eineinhalb oder drei Stunden lang diskutiert und gestritten? – Zum Schluss meinen wir das Gleiche.

Ich zitiere Herrn Kaltenhauser, der sagt, er finde, Schulden machen sei nicht per se schlecht. Herr Kaltenhauser, die Gegenfrage lautet: Warum ist nicht zu tilgen per se schlecht? – Wir können auch mehr tilgen und trotzdem Schulden machen. Also, Ihre Darlegungen hier waren in dieser Frage jetzt nicht besonders konsistent.

(Zuruf von der FDP)

Ich könnte natürlich aus der Rücklage auch noch einmal 2 Milliarden Euro nehmen und Schulden tilgen. Das stimmt alles, aber es geht doch um eine Ausgewogenheit, um Investitionen, Soziales, das Funktionieren des Staates, um Schuldentilgung und um die nächste Generation.

(Zuruf von der FDP)

In Bayern hat die nächste Generation zurzeit eine Schuldenlast von ungefähr 27 Milliarden Euro. Momentan bemühen wir uns, diese Schuldenlast zu reduzieren. 6,6 Milliarden Euro werden wir nach diesem Haushalt abgezahlt haben.

Sie haben dann zum Beispiel noch gesagt: Für die Kommunen müssten wir auch etwas tun. Die Kommunen haben große Schwierigkeiten. – Wissen Sie was? – Wir tilgen nicht nur die Schulden des Freistaates Bayern, sondern wir haben in den letzten Jahren über unsere Stabi-Hilfen sogar noch mal 685 Millionen Euro Schulden für die Kommunen getilgt

(Alexander König (CSU): So ist es!)

und noch mal 110 Millionen Euro Bedarfszuweisungen an die Kommunen ausgereicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Qualitätspolitik für die Kommunen!)

Wir tilgen auch noch die Schulden anderer!

Ich sage Ihnen noch etwas: Der Berliner Finanzsenator hat mir einmal gesagt, auch er tilge Schulden. Ich habe ihm erklärt, dass er überhaupt keine Schulden tilgt. Ich tilge auch noch die Schulden anderer Bundesländer, weil wir wieder 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich brauchen, und ich bin froh, dass wir diesen 2020 nicht mehr brauchen.

Es stimmt: Die avisierten 1,3 Milliarden Euro – diesen Betrag nannte Seehofer damals als Ergebnis – bleiben nicht bei mir im Landeshaushalt. Aber eines stimmt:

(Alexander König (CSU): Sie bleiben in Bayern!)

Wir brauchen das Geld nicht mehr aus Bayern hinaus überweisen. Das Geld bleibt in Bayern, und lieber bleibt es bei den bayerischen Kommunen, als dass ich es weiter nach Berlin überweise.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen denke ich, dass wir hier durchaus abrüsten können, Herr Kaltenhauser. Ich sage das auch all denen, die der Meinung sind, wir würden unsere Rücklage ruinieren. Ich sage es noch einmal: Die Rücklage ist wie ein laufendes Konto, und diese Rücklage ist vor allen Dingen deswegen so gefüllt – das sage ich der lieben Dame, die am Anfang sprach; ich habe es genau aufgeschrieben – ich weiß jetzt nicht, wo Frau Köhler gerade sitzt – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Da!)

– Da sind Sie. Ich grüße Sie. Sie sind noch nicht so lange dabei, Sie haben die Gnade der späteren Ankunft hier. Aber glauben Sie mir eines: Wir hätten überhaupt keine Rücklage, wären wir stets den Vorschlägen von SPD und GRÜNEN gefolgt, noch mehr Geld auszugeben, als wir schon ausgeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir haben nur deswegen eine Rücklage, weil wir mit Geld sorgsam umgegangen sind und überlegen, wann wir das Geld einsetzen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wenn wir das Geld schon vor drei oder vor zwei Jahren für aus unserer Sicht notwendige Dinge eingesetzt hätten, dann hätten wir jetzt keine Rücklagen. Wir haben Rücklagen gebildet und sind der Meinung: Im Moment sind sie klug eingesetzt, wenn wir neben all den Investitionen – und, Herr Güller, wir haben einen Rekordhaushalt auch im Bereich der Investitionen – im Sozialen ebenso etwas tun.

(Alexander König (CSU): Eigentlich alles ganz einfach, man muss es nur verstehen wollen!)

Ich möchte Ihnen noch etwas zur Ausbildung junger Menschen sagen: Noch nie wurden so viele junge Menschen beim Staat, unter anderem in der Finanzverwaltung, ausgebildet. Allein bei den Anwärtern haben wir jetzt 6.000 Personen mehr als noch im Jahr 2008. Noch nie wurden junge Beamte so, wie jetzt auch im Haushalt geplant, beim Einstieg entlohnt; wir haben nämlich vor – und das liegt auch im Haushalt an –, die Eingangsbesoldung ab 2020 für 14.000 Neueinsteiger beim Staat um eine Stufe zu erhöhen. Das ist ein attraktives Angebot. Darüber hinaus übernehmen wir auch die Tarifabschlüsse; das habe ich in meiner Rede gesagt. Hier gehen wir also mit jungen Menschen, die zum Staat gehen, äußerst anständig um, und wir haben Gott sei Dank nach wie vor einen Zulauf zu uns.

Frau Köhler, Sie haben wieder erklärt, weil es halt in Ihrer Rede stand, dass wir mehr für den Naturschutz und für den Ökolandbau tun müssten.

(Alexander König (CSU): Öko ist neu bei der SPD! Das ist eine neue Strategie!)

Ich habe Ihnen die Zahlen genannt: 292 Millionen Euro für KULAP, fast 180 Millionen Euro unter anderem für das Vertragsnaturschutzprogramm – VNP. Steigerungen um 30 % beim KULAP in den letzten sechs Jahren – wenn das kein Beleg ist? Nirgendwo gibt es so viel Geld für den Ökolandbau wie in Bayern. Glaubt es, und merkt es euch doch einmal!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann muss ich noch eines ansprechen, weil es mich zutiefst betroffen gemacht hat – das sage ich ganz ehrlich –, wie teilweise darüber gesprochen wurde: Das sogenannte Pflegegeld wäre eine Gießkanne, ein Pipifax, es würde bei den Menschen nicht ankommen und überhaupt.

(Zuruf von der CSU: Das waren die GRÜNEN!)

Für jemanden, der in Bayern pflegebedürftig ist und zum Beispiel 1.000 Euro Rente im Monat erhält – da gibt es viele –, ist ein Landespflegegeld von 1.000 Euro im Jahr eine Rentenerhöhung von 8 %.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt möchte ich bloß einmal wissen, wann und durch wen auch immer es das letzte Mal für so jemanden eine Rentenerhöhung um 8 % gab.

Ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Mehrere haben gesagt – ich glaube, auch Sie, Herr Güller –, dass damit noch lange keine Pflegeheimplätze geschaffen würden. Stimmt alles. Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas. Sie reden immer nur über Pflegeheimplätze. Wir auch. Wir werden im Übrigen auch im Bereich der Pflegeheimplätze im Haushalt einiges tun: 50 Millionen Euro sind vorgesehen. 70 Millionen Euro an Verpflichtungser-

mächtigungen für jährlich 1.000 Pflegeplätze, 14,5 Millionen Euro für jährlich zusätzlich 500 Kurzzeitpflegeplätze. Das wird alles gemacht, das muss man lesen.

Eines ärgert mich aber zutiefst: 66 % der Pflegebedürftigen in Bayern werden nicht in Pflegeheimen gepflegt, sondern wo? – Daheim im eigenen Familienkreis, und in diesem Fall tun 1.000 Euro verdammt gut!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb kann man nicht ständig so tun,

(Zurufe von der SPD)

als hätte man hier das Ziel verfehlt. Ich bin froh und dankbar, dass wir diese Leistung ausreichen können.

Sie, Herr Güller, sagen zum Beispiel, wir hätten keine Investitionen drin. Herr Zellmeier hat es dankenswerterweise dargestellt: Rekordinvestitionsquote. – Bei der Ökologie sagen Sie: Ökologieschwerpunkt, Fehlanzeige. – Ich habe KULAP und alles damit Zusammenhängende wieder erklärt. Klima: Ich kann die Zahlen alle noch einmal vorlesen. Förderung des ÖPNV: eine Milliarde Euro. Allein für den Klimaschutz sind 111 Millionen Euro an Mitteln vorgesehen, und dazu kommen die ganzen Verpflichtungsermächtigungen über 130 Millionen Euro. Also, ich bitte schon einmal anzuerkennen, was hier geschieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ich glaube, da gibt es noch mehr solche Länder, nicht nur die, in denen die SPD regiert!)

Ich meine deswegen, wir können uns im Ton ruhig wieder ein bisschen zurücknehmen. Wir können jetzt in aller Sachlichkeit das, was vorliegt, besprechen. Ich habe ein reines Gewissen, diesen Haushalt vorzulegen. Ja, das stimmt, er steigt tatsächlich. Der Staatshaushalt steigt um 6,3 %.

Herr Dr. Kaltenhauser, aber dass gleichzeitig die Zuweisungen an die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich hinaus steigen – das haben Sie verschwiegen. Alles, was wir in diesem Haushalt den Kommunen zukommen lassen, steigt um 7,4 % – und das, obwohl die kommunalen Steuereinnahmen in den letzten Jahren stets stärker stiegen als die des Staates.

Ich freue mich deswegen auf die Diskussionen im Haushaltsausschuss, die demnächst geführt werden. Ich möchte natürlich auch allen Rednern heute Danke sagen, die das Thema diskutiert haben. Ich danke dem Haushaltsausschuss. Ich danke dem Haushaltsausschussvorsitzenden. Ich danke der Geschäftsstelle und dem Büro des Haushaltsausschusses hier im Landtag für die Arbeit, die damit zusammenhängt. Ich danke dem Landtagsamt; jetzt kommen dann die ganzen Änderungsanträge, die gelesen werden müssen. Ich danke natürlich auch meinem Haus und meiner Beamten-schaft, die diesen Haushaltsentwurf in meinem Namen ausgearbeitet und hier aufgelegt hat.

Ich wünsche uns in den nächsten Monaten gute Beratungen. Die Schlussbefassung im Mai steht ja schon fest. Ich bin mir ganz sicher, wir werden dann in höchst friedvoller Weise alle miteinander erkannt haben, dass das ein wunderbarer Haushaltsentwurf ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Sie können das Pult verlassen.

(Der Abgeordnete Raimund Swoboda (AfD) wartet am Mikrofon auf eine Worterteilung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zusammenfassende Stellungnahme ist nicht Teil der Aussprache. Daher sind keine Zwischenbemerkungen mehr möglich.

(Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach so!)

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe das allgemeine Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.